



PROTOKOLL

Orientierungsdebatte am Donnerstag, dem 10. Dezember 2020

Mainz, Steinhalle des Landesmuseums

Orientierungsdebatte des Landtags Rheinland-Pfalz

Ethische Fragen der Impfstrategie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Drucksache 17/13633](#) –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:	3
Abg. Christian Baldauf, CDU:	4
Abg. Uwe Junge, AfD:	5
Abg. Steven Wink, FDP:	6
Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	8

Ministerpräsidentin Malu Dreyer:	9
Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:	10
Abg. Sven Teuber, SPD:	12
Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:	13
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:	14
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ..	15
Staatsminister Herbert Mertin:	16
Abg. Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD:	17
Staatsministerin Anne Spiegel:	18
Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche, SPD:	19
Abg. Helga Lerch, fraktionslos:	20
Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:	20

Orientierungsdebatte des Landtags Rheinland-Pfalz am 10. Dezember 2020

Beginn: 14.00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wir kommen heute das erste Mal als Parlamentarier zusammen, wenn auch überwiegend digital, nachdem sich in der vergangenen Woche ein schreckliches Attentat in der Trierer Innenstadt ereignet hat.

Ein Amokfahrer hat am letzten Dienstag wahllos und gezielt Passanten angefahren. Er hat Menschen getötet, verletzt, traumatisiert. Wir sind alle noch tief erschüttert von der Grausamkeit dieser heimtückischen Tat und tief bewegt in unserem Mitgefühl mit allen Betroffenen.

Da die nächste Plenarsitzung erst in der kommenden Woche stattfindet, ist es mir ein Anliegen, bereits heute die Botschaft nach Trier zu schicken: Ihr seid in Eurer Trauer nicht allein. Wir stehen als Parlament an Eurer Seite. Wir wünschen Euch von Herzen ganz viel Kraft für diese schweren Stunden.

Meine Damen und Herren, jetzt den Bogen zu dem Thema der heutigen Orientierungsdebatte zu spannen, ist nicht so einfach. Aktueller könnte der Anlass aber kaum sein. Wir werden heute darüber debattieren, welches die richtige Impfstrategie für unser Land ist. Hierbei ist die schwierige Frage zu beantworten, in welcher Reihenfolge die Impfung erfolgt.

Die öffentliche und transparente Debatte über die Gründe der Entscheidung ist von herausragender Bedeutung. Heute müssen die Länder eine Rückmeldung zum Entwurf mit den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) abgeben. Was wir hier diskutieren, ist somit an Aktualität kaum zu übertreffen.

Mit der Impfung wird die Zuversicht verbunden, dass wir Stück für Stück Normalität zurückgewinnen. Wir haben die berechtigte und große Hoffnung, dass wir so die Pandemie beherrschbar machen und verhindern, dass noch mehr Menschen aufgrund der COVID-19-Infektion ihr Leben lassen oder an den Spätfolgen leiden müssen.

Das ist heute die dritte Orientierungsdebatte in dieser Legislaturperiode. Das Format ist coronabedingt ein anderes, aber die Zielsetzung bleibt die gleiche. Das Parlament ist der richtige Ort, um über Wege zu streiten und alle unterschiedlichen Sichtweisen öffentlich, transparent und nachvollziehbar abzuwägen, und das in einer Zeit, in der wissenschaftliche

Erkenntnisse rasant und dynamisch voranschreiten und getroffene Entscheidungen immer wieder hinterfragt werden müssen.

Ich wünsche mir, dass diese Debatte auch dafür sorgt, dass viele Menschen dazu ermutigt werden, sich impfen zu lassen.

Uns allen wurde bisher bereits viel Solidarität abverlangt. Viele sind dadurch auch in der Berufstätigkeit eingeschränkt. Es ist alles andere als einfach, weil es letztendlich Verzicht bedeutet. Sie verzichten darauf, mit anderen zusammen sein zu können, zum Wohl aller.

Es geht am Ende um gelebte Nächstenliebe, und diese Botschaft passt gut zur Weihnachtszeit. Das stärkt uns als Gesellschaft und trägt uns durch diese Ausnahmezeit.

Lassen Sie uns heute deshalb dafür sorgen, dass die Solidarität weiter getragen wird, und dafür werben, dass es weiterhin eine hohe Impfbereitschaft gibt. So schaffen wir es gemeinsam, dass wir mithilfe unserer Corona-Strategie „Ich schütze Dich, und Du schützt mich“ bald wieder unbeschwerter zusammen sein können.

In diesem Sinne wünsche ich uns einen fairen und konstruktiven Debattenverlauf.

Wir kommen damit zu der

Orientierungsdebatte des Landtags Rheinland-Pfalz

Ethische Fragen der Impfstrategie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Drucksache 17/13633](#) –

Im Ältestenrat ist sich darauf verständigt worden, dass es 17 Redebeiträge geben wird, die sich auf die Fraktionen und die Regierung wie folgt aufteilen: SPD und CDU jeweils vier, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils zwei und die Landesregierung drei Redebeiträge.

Die CDU-Fraktion hat angekündigt, dass sie zwei Redner entsenden und damit ihre Redezeit entsprechend bündeln wird. Wir haben außerdem die Anmeldung von Redebeiträgen von fraktionslosen Abgeordneten. Diese haben eine Redezeit von jeweils 3 Minuten.

Wir beginnen mit der Orientierungsdebatte, und erste Rednerin ist die Abgeordnete Kathrin Anklam-Trapp für die SPD-Fraktion.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Lungenkrankheit hat die Welt, Europa und uns alle fest im Griff. Die Parallelen zur Spanischen Grippe vor 100 Jahren liegen auf der Hand. Damals fanden rund 40 Millionen Menschen den Tod.

Gestoppt werden konnte die Lungenkrankheit nur durch harte Isolier- und Quarantänemaßnahmen, und das haben wir aus der Geschichte gelernt.

An COVID-Infektionen starben weltweit bislang 1,5 Millionen Menschen, und mehr als 67,5 Millionen Menschen sind infiziert.

In Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit ihrem bisherigen Krisenmanagement gut auf die Pandemie reagiert. Das haben wir von den Expertinnen und Experten der Enquete-Kommission zur Pandemie bescheinigt bekommen.

Doch jetzt vor Weihnachten ist die Pandemie mit voller Wucht in unseren Alltag zurückgekehrt. Derzeit ist keine Entspannung in Sicht. Ganz im Gegenteil, die massiv ansteigenden Corona-Infektionszahlen bereiten uns große Sorgen. Derartige Zahlen zu reduzieren, muss unser Ziel sein.

52.149 Menschen sind coronapositiv bestätigte Fälle, und über 759 Menschen fanden den Tod, von schlimmen Erkrankungen ganz zu schweigen. Das ist die Ausgangslage, die unsere ganze Solidarität fordert.

Gerade jetzt gilt es, weiter Abstands-, Masken- und Hygieneregeln einzuhalten und uns und unsere Menschen vor der Ausbreitung dieses Virus zu schützen. Das sind wir allen Menschen schuldig, nicht zuletzt denen, die auf Intensivstationen um ihr Leben kämpfen, den Pflegenden, den Patienten und den Ärzten. Der Silberstreif der Hoffnung, diese Pandemie zu überwinden, liegt im Impfstoff gegen diese fürchterliche Krankheit, und darauf bereitet sich das Land intensiv vor. Bis zu vier Impfstoffe stehen unmittelbar vor der Zulassung. Niemals zuvor in der Geschichte haben Wissenschaft, Forschung und Politik so erfolgreich und schnell an der Entwicklung eines Impfstoffs weltweit gearbeitet.

Insbesondere wir in Rheinland-Pfalz schauen hoffnungsvoll nach Mainz zu BioNTech/Pfizer, deren Impfstoff kurz vor der Zulassung steht und bereits produziert wird.

Meine Damen und Herren, im Vergleich zum Vakzin gegen COVID, das über 91%ige Wirksamkeit bietet, bietet der Grippeimpfstoff nach Studien etwa 60- bis 70%ige Wirksamkeit. Das bedeutet, wir können mit diesem Impfstoff einen ganz, ganz hohen Schutz erreichen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz für das Impfen zu schaffen und dabei zeitgleich die mit den neuartigen Impfstoffen verbundenen Sorgen ernst zu nehmen. Es gilt, die Menschen aufzuklären und immer deutlich zu machen: Die Impfung ist freiwillig, sie ist kostenfrei, und sie schützt vor einer Erkrankung.

Es gilt aber genauso, um Verständnis dafür zu werben, dass nicht alle Menschen zur gleichen Zeit den Zugang zum Impfstoff erhalten können. Es liegt in unserer menschlichen und gesellschaftlichen Verantwortung, zuerst die zu schützen, die besonders betroffen sind.

Dazu hat die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut eine erste Impfpflichtempfehlung ausgesprochen und den Rahmen geliefert. Ich danke Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die die STIKO-Impfpflichtempfehlungen dem Parlament vorlegen und es beteiligen wird.

Dazu gehören die Hochbetagten, die Menschen, die in den Pflegeheimen leben, und die, die direkt mit COVID arbeiten müssen. Im nächsten Schritt sollen die Personen mit geringem Risiko und dann die systemrelevanten Menschen Zugang zum Impfstoff erhalten.

Einen Ethikbeirat einzurichten, um Akzeptanz zu schaffen für diese für unsere Gesellschaft sehr herausfordernde Vorgehensweise, ist der Vorschlag unserer Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. Dafür danke ich ihr sehr.

Meine Damen und Herren, drei Schritte in Rheinland-Pfalz für die Impfstrategie:

Erstens: mobile Teams für die Versorgung der Menschen in Altenpflegeheimen.

Zweitens: Betriebsärzte, die die Menschen in Unternehmen impfen können.

Drittens – daran arbeiten wir auf Hochtouren –: die Impfstraßen, die Impfzentren.

Auf Einladung von Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler konnten wir uns am Dienstag vor Ort ein Bild vom Aufbau der Impfzentren machen. Dort wird geimpft nach Terminvergabe, gemäß genauester Vorgaben und Vorschriften.

Meine Damen und Herren, jetzt vor Weihnachten, nach einem schlimmen Jahr seit Auftreten der Pandemie, liegt uns weltweit ein Schlüssel in der Hand. Impfen rettet Leben.

Zur Überwindung der Seuche in einem hoch entwickelten Land werden wir es schaffen – die Hoffnung habe ich –, die Krise im Laufe des ersten Halbjahrs zu überstehen und damit gesundheitlich, wirtschaftlich und auch sozial zu einem möglichst normalen Leben zurückkehren zu können.

Deswegen, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns achtsam miteinander umgehen, die nächsten Monate durchhalten, auch mit Disziplin und Verantwortungsbewusstsein, damit wir uns dann alle gesund wiedersehen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht deren Vorsitzender, der Abgeordnete Christian Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil Sie Trier angesprochen haben, auch von meiner Seite und seitens meiner Fraktion – heute war ein Artikel in der Zeitung zu lesen über einen weiteren Patienten im Wittlicher Krankenhaus – vor allem den Opfern, die noch um ihr Leben kämpfen, die wieder gesund werden wollen und auch sollen, alle guten Genesungswünsche und den Angehörigen der verstorbenen Opfer unser aufrichtiges Beileid.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen mitten in der zweiten Pandemiewelle. Sie bricht mit noch größerer Wucht über uns herein als im Frühjahr. Tag für Tag erreichen die Zahlen der Neuinfektionen neue Höchstwerte. Mehr als 20.000 Menschen sind in Deutschland mittlerweile an oder mit COVID-19 gestorben.

Wir müssen umdenken, lieb gewonnene Rituale aufgeben, können nicht einfach Feste feiern oder uns im großen Familienkreis treffen. Es ist eine schwierige Zeit, und es werden wohl noch härtere Maßnahmen erforderlich sein, um eine weitere rasche Ausbreitung des Virus zu stoppen.

Umso wichtiger ist es, dass an die Stelle von Angst Hoffnung tritt. Die Nachrichten der letzten Wochen haben Mut gemacht: BioNTech aus Mainz hat zusammen mit Pfizer den ersten Impfstoff fertiggestellt. In Großbritannien hat das Impfen bereits in dieser Woche begonnen.

Die Zulassung des Corona-Impfstoffs in der Europäischen Union ist beantragt. Wir rechnen mit der Zulassung noch in diesem Jahr, und wir setzen darauf, dass die ersten Impfdosen im Januar verfügbar sind. Was für eine großartige Leistung, die unsere Forscher binnen weniger Monate vollbracht haben. Darauf sind wir zu Recht stolz.

Jetzt steht uns die nächste Mammutaufgabe bevor. Wir wollen so schnell wie möglich und so effektiv wie möglich mit den Impfungen beginnen. Effektiv, dieses nüchterne Wort, heißt für uns, diejenigen zuerst zu versorgen, deren Leben in Gefahr ist, und diejenigen, die wir zur Bekämpfung der Pandemie brauchen. Damit wollen wir einen möglichst großen und schnellen Beitrag zur Stabilisierung der Lage leisten, solange der Impfstoff nicht für alle reicht.

Ethiker, Virologen, Mediziner, die besten Fachleute aus Ständiger Impfkommision, Deutschem Ethikrat und Leopoldina haben seit November eine ethische Grundlage geschaffen. Seit einigen Tagen nun liegt auch der konkrete Beschlussentwurf der Ständigen Impfkommision vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kommt es auf eine sorgfältige Abwägung und auf Transparenz an. Der Impfstoff wird in der ersten Phase nicht für alle ausreichen, die sich impfen lassen wollen. Produktion und Logistik stehen noch am Anfang.

Der Bund wird den Impfstoff den Ländern zur Verfügung stellen. Die Länder sind für die Umsetzung der Impfung zuständig. Es ist eine große Aufgabe und Verantwortung, dass das reibungslos funktioniert.

Da die Impfdosen zunächst knapp sind, braucht es jetzt eine Priorisierung. Sie ist nicht nur aufgrund medizinisch-epidemiologischer Erwägungen wichtig, sondern auch ethisch und rechtlich notwendig.

Die Entscheidung, welche Bevölkerungsgruppen bei der Verteilung von Impfstoffen zu bevorzugen sind, hat eine hohe generelle Grundrechtsrelevanz. Deshalb sprechen wir heute über das Thema in einer Orientierungsdebatte und erörtern die ethischen Dimensionen dieser Verteilungsfrage. Ich begrüße diese Debatte ausdrücklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schutz der Schwächsten hat oberste Priorität. Es gilt, schwere Verläufe und so viele Todesfälle wie möglich zu verhindern. Dazu muss unser Gesundheitssystem funktionsfähig bleiben. Zur Gerechtigkeit der Verteilungsfrage gehört, dass Menschen mit erhöhtem Risiko einer Infektion oder Erkrankung auch zuerst geimpft werden.

Gerade die älteren Mitglieder unserer Gesellschaft sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres

Gesundheitswesens sollten zunächst in den Fokus kommen. Sie tragen in dieser Pandemie besonders hohe Risiken. Es hat auch etwas mit Solidarität gegenüber denjenigen zu tun, die tagtäglich die Daseinsfürsorge für uns alle auf ihren Schultern tragen und sicherstellen, dass unser Gemeinwesen nicht zusammenbricht.

Mir wird immer durch meinen eigenen 83-jährigen Vater, der sich im Pflegeheim befindet, vor Augen geführt, welche herausragende Leistung dort erbracht wird und wie wichtig es den dortigen Bewohnerinnen und Bewohnern ist, dass sie geschützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass sich so viele Menschen wie möglich impfen lassen. Hierzu setzen wir auf gesellschaftliche Akzeptanz durch Vertrauen: Vertrauen zwischen den Generationen, Vertrauen auf unsere Wissenschaft, Vertrauen in den Staat und die Behörden.

Bei aller Notwendigkeit, die Pandemie schnell zu überwinden, geht es für uns um Sicherheit und dann erst um Schnelligkeit. Wir setzen auf Dialog und Transparenz. Wir wollen die Fragen und Bedenken der Menschen ernst nehmen. Auch das ist wichtig, um Vertrauen zu schaffen. Hierzu muss das Land mit aller Kraft eine gute Informations- und Aufklärungskampagne entwickeln, um auf Impfungen und die Impfbereitschaft aufmerksam zu machen. Aufklärung ist der richtige Weg zur Akzeptanz.

Unser Gesundheitssystem ist in den letzten Wochen immer wieder an seine Grenzen gekommen. Der Ärztliche Direktor des Klinikums in Ludwigshafen spricht angesichts einer vollen Intensivstation von einer „dramatischen Situation“.

Mir fällt es schwer, mich daran zu gewöhnen, dass jeden Tag 400 und mehr Menschen in Deutschland an den Folgen von Corona sterben. Unser Gesundheitssystem ist am Rand seiner Leistungsfähigkeit angekommen, und wir haben noch einige Monate der Pandemie vor uns.

Die Zulassungsanträge für Corona-Impfstoffe geben uns Hoffnung, dass unser Leben der Zeit vor Corona wieder ein Stück näherkommt. Weitere harte Monate haben wir dennoch vor uns. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir müssen mit den Menschen auch so ehrlich sein und sagen, dass trotz beginnender Impfungen viele der jetzigen Gebote und Einschränkungen womöglich noch bis weit ins nächste Jahr hineinreichen werden.

Wir wissen noch nicht, wie hoch die Immunität ist. Wir wissen noch nicht, wann und wo nachgeimpft werden muss. Die Impfung ist kein Freifahrtschein, sondern ein wichtiger Baustein, um langsam und

schrittweise zurück zu einem Leben nach der Pandemie zu kommen.

Allen, die an der Bewältigung dieser Mammutaufgaben beteiligt sind, und auch den Menschen, die mit der Impfung einen großen Beitrag zu unserer Solidargemeinschaft leisten, möchte ich meinen ganz herzlichen Dank aussprechen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Bundesregierung unterstützen und die dringend notwendigen Voraussetzungen schaffen, um diese Pandemie zu beenden.

Eines ist mir dabei noch wichtig, auch weil es tagesaktuell ist: Die Lage ist alarmierend. Wir haben hohe Todeszahlen und weiterhin viel zu hohe Zahlen an Neuinfektionen, gerade auch heute wieder. Der Teil-Lockdown hat geholfen, aber er hat nicht den Durchbruch mit einer Trendwende nach unten bewirkt.

Deswegen müssen wir handeln. Wir brauchen jetzt einen echten Lockdown, der die dringend notwendige starke Kontaktreduzierung bewirkt, so, wie es auch die Bundeskanzlerin wünscht.

Wir müssen jetzt herunterfahren. Dafür gibt es keine bessere Zeit als die vor uns liegenden Wochen, in denen die Schulen ohnehin geschlossen sein werden.

Herzlichen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht deren Vorsitzender, der Abgeordnete Uwe Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, auch ich danke Ihnen für die wohlgesetzten Worte zur Amokfahrt in Trier.

Meine Damen und Herren, nachdem wir nun den zweiten Lockdown erlebt und mit unterschiedlichen Folgen durchlitten haben, schließt sich nahtlos die nächste Einschränkungsphase bis ins neue Jahr hinein an.

Nie zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich unsere Bürger mehr einschränken müssen als jetzt. Die Infektionszahlen sinken dennoch nicht signifikant, und die Liste der menschlichen und wirtschaftlichen Tragödien wird immer länger. Menschen sterben, und wirtschaftliche Existenzen werden vernichtet. Alles geschieht leise, kaum merklich, aber mit gnadenloser Härte für die Betroffenen.

So wurden die Nachrichten über einen bald verfügbaren Impfstoff mit viel Hoffnung und teilweise mit

Euphorie aufgenommen. Vielen erscheint der Impfstoff als lang ersehntes Licht am Ende des sprichwörtlichen Tunnels, und ich teile diese Freude und auch die damit verbundenen Hoffnungen.

Bei anderen überwiegen die kritischen Töne; denn es gibt auch hier aktuell kein klares Ja oder Nein, kein überzeugendes Richtig oder Falsch. Ja, wir brauchen diesen Impfstoff, vorausgesetzt, die Nebenwirkungen sind umfassend bekannt und akzeptabel, und wir brauchen ihn auch dringender als jede vorschnelle Verordnung, jede zu späte Finanzspritze und jede unangemessene Ermahnung oder Kälteempfehlung der Kanzlerin.

Ich persönlich habe nie Bedenken gehabt, wenn mir mein Dienstherr viele prophylaktische Impfungen verabreicht hat, weil der sogenannte Impfstatus jederzeit und für den weltweiten Einsatz vorgehalten werden musste. Doch diese Impfungen und die möglichen Nebenwirkungen waren bekannt, die Anwendung war zigtausendmal erprobt, und dennoch gab es bei einigen Kameraden auch hier unangenehme Nebenwirkungen.

Nun haben wir es aber mit einem völlig neuen Impfstoff, mit einem nicht vollumfänglich erprobten Impfstoffprinzip zu tun, der zwar bis zu einer verkürzten Phase III die Zulassungsstudien erfolgreich durchlaufen hat, von dessen potenziellen Langzeitnebenwirkungen wir aber aufgrund fehlender Daten noch nichts wissen.

Letztlich werden sich mögliche Nebenwirkungen erst durch die umfangreiche und flächendeckende Anwendung am Menschen selbst im laufenden Impfprozess zeigen. Das klingt nach dem unguten Prinzip von Versuch und Irrtum.

Genau das, meine Damen und Herren, stellt uns vor ein ethisches Dilemma. Dürfen wir wirklich mit dem heute vorliegenden Wissen ein derart unkalkulierbares Risiko für die Bevölkerung eingehen? Kann es überhaupt nach dieser kurzen Testphase hinreichende Erkenntnisse über mögliche Langzeitschäden und -nebenwirkungen am Menschen geben?

Das wirft durchaus berechnete Fragen auf, Fragen, die sich auch diejenigen stellen, die Impfungen grundsätzlich positiv gegenüberstehen, so wie ich. Die Geister scheiden sich also dort, wo wir gesunde Menschen ohne Vorerkrankungen unter Zwang – sei dieser nun moralischer Art oder basierend auf entsprechenden Dienstanweisungen – einem völlig neuen Impfstoff aussetzen werden, über dessen Langzeitnebenwirkungen noch weitgehend Unkenntnis herrscht. Ist das wirklich verantwortbar?

In der aktuellen Diskussion fehlt mir die Transparenz, eine Transparenz, die mich und alle Bürger mit

ziemlicher Gewissheit über die Risiken im Verhältnis zum Nutzen glaubwürdig aufklärt. Wenn das gelingt, werde ich mich gerne für die Impfung einsetzen und mich selbst selbstverständlich impfen lassen.

Wenn aber mit auch nur geringer Wahrscheinlichkeit mögliche Impfschäden an der Impfperson größer sind als die wahrscheinlichen Folgen einer Corona-Infektion, kommt man in einen schweren ethischen Konflikt.

Noch ist das Argument, man müsse alle, auch die Gesunden, impfen, um die Risikogruppen zu schützen, für mich nicht stichhaltig. Ich verstehe aber auch, dass man Risikogruppen nach einer umfassenden und vollständigen Aufklärung über mögliche Komplikationen impft, die aufgrund ihres Alters oder einer Vorerkrankung ein erhöhtes Risiko haben.

Sollte der von mir geforderte Nachweis der Risikominimierung erbracht werden, kann ich mir auch vorstellen, Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Pflegekräfte zur Impfung dienstrechtlich zu verpflichten. Für alle anderen sehe ich die Freiwilligkeit durch Einsicht, eine Regelung, wie sie im Übrigen schon jetzt bei jeder anderen Impfung besteht, eher als zielführend an.

Meine Damen und Herren, in jedem Fall ist jede Hysterie und jede Ideologisierung unangemessen. Genauso wenig wie man das Virus selbst verharmlosen darf, sollte man die Gefahren, die mit einer Impfung einhergehen können, unnötig dramatisieren.

Ich danke Ihnen.

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Steven Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, erst einmal auch von der FDP-Fraktion vielen Dank für das Gedenken und die Worte in Bezug auf das Geschehen in Trier.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Freiheit ist vielfältig. Gerade in diesem Jahr kommt dem Wort „Freiheit“ eine ganz besondere Bedeutung zu. Wir alle lieben unsere von der Demokratie gegebene Freiheit, und deshalb sind auch die aktuell notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesellschaft immer wieder Thema in diesem Hohen Hause. Ich danke für die Debatte, die wir heute führen.

Eine erfreuliche Nachricht für sämtliche Menschen kam nun früher als erhofft: die baldige Verfügbarkeit eines wirksamen Corona-Impfstoffs. Blickt man auf

zahlreiche Social-Media-Kanäle, so zeichnen viele Menschen im Zusammenhang mit diesen Impfstoff ein Zerrbild. Es wird eine angebliche Impfpflicht propagiert. Andere Behauptungen rutschen so weit ins Absurde ab, dass wir ihnen in diesem Hohen Hause keine Bühne bieten möchten.

Es ist an uns allen, eine klare Kommunikation zu wahren. Eine wichtige Frage wird auch sein, wieso die Corona-Impfung überhaupt von manchen Menschen so negativ angesehen wird. Die Wissenschaftsoffenheit, die Freiheit der Wissenschaft hat zu der schnellsten Impfstoffentwicklung in unserer Geschichte geführt. Hier darf man mit Stolz erwähnen, dass es gerade BioNTech, ein Unternehmen aus der rheinland-pfälzischen Mitte der Gesellschaft, geschafft hat, durch gute Arbeit einen Meilenstein in der Pandemiebekämpfung zu erreichen.

Genau dieser Impfstoff könnte die Virusverbreitung in unserer Gesellschaft verlangsamen und langfristig auf ein niedriges Niveau bringen. Hiermit könnten wir alle unsere individuelle Freiheit zurückerlangen.

Es wird weiterhin sehr wichtig sein, den Menschen eine absolut transparente Beratung und Erklärung zu geben, wie wir dies in unserem Land bewerkstelligen wollen. Wir müssen die Menschen noch mehr mitnehmen. Wir müssen Vertrauen schaffen: Vertrauen in die Verwaltung, Vertrauen in die Menschen und Vertrauen in die Wissenschaft.

Dazu bedarf es maßgeschneiderter Informationen, damit jeder in der Lage ist, diese Informationen abzurufen und zu verstehen. Diese Informationen müssen es schaffen, die Menschen zu erreichen. Wenn die Informationen so aufgebaut sind, schaffen sie auch die Transparenz, die zur Aufrechterhaltung des Vertrauens der Öffentlichkeit notwendig ist.

Im Nachgang, so zeigt es auch die Diskussion in der Enquete-Kommission zu Corona, bedarf es eines laufenden Monitorings der Akzeptanz. In der Kommission wurde uns wissenschaftlich fundiert ein solches Monitoring dargestellt: Wie ist die Impfbereitschaft? Wie ist der Wissensstand in der Bevölkerung?

Um die Kommunikation abzurunden, kommen natürlich technische und organisatorische Daten hinzu wie zum Beispiel, dass in Rheinland-Pfalz die Impfstoffversorgung über die Impfzentren erfolgen soll oder mobile Teams vorgesehen sind.

Zu dieser Diskussion gehört aber auch – das wurde heute schon angesprochen – die anfänglich mangelnde Verfügbarkeit des Impfstoffs, aber das Ziel, möglichst viele Menschen impfen zu können. Dies gilt für die erste Impfung und selbstverständlich auch für die notwendige zweite Impfung mit demselben Impfstoff.

Wenn man jedoch anfänglich zu wenig Impfstoff besitzt, aber die Gesellschaft möglichst effizient impfen möchte, bedarf es einer klugen Vorgehensweise. Die Ständige Impfkommission hat gerade in den letzten Tagen dazu einiges veröffentlicht. So sieht man eine feste Reihenfolge vor, welche durch sechs Kategorien gekennzeichnet ist.

Diese Kategorien sind vor allem an das Alter, an Vorerkrankungen und an berufliche Tätigkeiten gekoppelt. Die ersten fünf Kategorien bilden hier die erhöhte Priorität, und dann reden wir nach Angaben schon über 45 % der Bevölkerung. Die restlichen 55 % finden sich in der niedrigeren Priorisierung der sechsten Kategorie.

Wie wir wissen, ist diese Empfehlung noch nicht endgültig. Das Bundesgesundheitsministerium, welches darüber entscheidet, lässt sich bei diesen Überlegungen natürlich auch von anderen Experten beraten.

Wir betrachten diese Vorgehensweise allerdings als sinnvoll: erst ältere Menschen mit Krankheitsvorbereitung oder mit hohem Risiko, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Polizei, Feuerwehr, Lehrerinnen und Lehrer, all diese Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Dieser Ansatz erfüllt auch den ethischen Ansatz des Gesundheits- und Lebensschutzes jedes Einzelnen und der Bevölkerung im Ganzen.

Manche Bürgerinnen und Bürger mögen sich in diesem Vorschlag individuell benachteiligt sehen, jedoch ist ein solches Impfvorgehen notwendig, um unsere Gesellschaft bestmöglich zu schützen.

Wir und ich stehen hinter diesem wissenschaftlich fundierten Vorgehen, gerade auch um die ethischen und rechtlichen Fragen klären zu können und das Impfziel zu erreichen, das Ganze dann aber mit Blick auf die selbstbestimmte Impfentscheidung mit kontinuierlicher transparenter Information und Aufklärung zur Wirksamkeit der Impfung und ihrer Risiken.

Wir danken allen künftigen Helferinnen und Helfern in den Impfzentren schon jetzt von ganzem Herzen, und wir danken auch allen Menschen, die verantwortungsvoll auf sich und andere aufgepasst haben. Diese Impfung ist ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung der Pandemie und letztendlich auch ein wichtiger Schritt zurück zu unseren geschätzten Werten der Freiheit.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Katharina Binz.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, auch ich möchte mich für meine Fraktion Ihren Worten zu der schrecklichen Tat in Trier anschließen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der festen Überzeugung, bei der Frage der Entwicklung einer wirksamen und den verfassungsrechtlich bestehenden Ansprüchen genügenden Impfstrategie sind wir sehr gut beraten, wenn wir auf die Wissenschaft hören, wie wir es auch insgesamt bei der Bekämpfung der Pandemie sind.

Ich will an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich mir für die nächsten Tage bei den anstehenden Entscheidungen für die Zeit bis Weihnachten erhoffe, dass die drängenden Appelle der Wissenschaft auch dort aufgegriffen werden.

Zu der Frage der Impfstrategie haben die Ständige Impfkommission, der Ethikrat und die Leopoldina ein Positionspapier vorgelegt, an dem wir uns sehr gut orientieren können. Sie beschreiben eine Strategie, nach der eine Priorisierung der Impfstoffverteilung ethischen und rechtlichen Grundsätzen folgen sollte, und zwar den Grundsätzen der Selbstbestimmung, des Integritätsschutzes, der Gerechtigkeit und grundlegenden Rechtsgleichheit sowie der Dringlichkeit einer Impfung.

Die Ständige Impfkommission – einige der Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits gesagt – hat darauf aufbauend ihren Beschlussentwurf dazu vorgelegt, wer basierend auf dieser Strategie Priorität beim Zugang zum Impfstoff haben soll. Dies sind in einer ersten Stufe Bewohnerinnen und Bewohner von Senioren- und Altenpflegeheimen, Menschen im Alter über 80 Jahren, medizinisches Personal mit besonders hohem eigenem Ansteckungsrisiko in medizinischen Einrichtungen sowie mit engem Kontakt zu besonders gefährdeten Gruppen und natürlich Personal in der ambulanten und stationären Altenpflege.

In einer weiteren Stufe folgen dann weitere Personengruppen, die definiert werden. Hier möchte ich nur exemplarisch auf die Bewohnerinnen und Bewohner von Obdachlosen- und Geflüchtetenunterkünften hinweisen, die auch mit einer prioritären Stufe versehen werden. Das zeigt uns ganz deutlich, dass sich ein Zugang zum Impfstoff eben nicht an der gesellschaftlichen Stellung oder Kategorien wie dem Versicherungsschutz festmachen darf, sondern sich daran festmachen muss, wo ein hohes Risiko besteht, wo auch ein hohes Risiko der Ausbreitung besteht und damit eine Impfung dringlich notwendig ist.

Bestandteil einer guten Impfstrategie muss es auch sein, sich zu überlegen, mit welchen Maßnahmen man die Impfbereitschaft steigern kann. Dazu erinnere ich mich gerne an den Vortrag von Professorin Cornelia Betsch von der Universität Erfurt. Sie war Anzuhörende in unserer Enquete-Kommission zur Pandemie zum Thema „Kommunikation“.

Sie hat uns gesagt, Vertrauen ist das A und O in der Kommunikation. Wir brauchen eine Kommunikation, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen fördert. Das sollten auch wir hier in den Vordergrund stellen. Wir brauchen eine transparente, informative und aufklärende Kommunikation über die Impfstoffe, ihre Wirkweise, ihre Entwicklung und auch ihre Nebenwirkungen.

Professorin Betsch sagte auch, ja, die Impfbereitschaft von aktuell ungefähr 50 % könnte natürlich höher sein. 50 % sind aber eine gute Basis, um darauf aufzubauen; denn man kann zum einen davon ausgehen, dass diese Bereitschaft steigen wird, wenn das Impfprozedere beginnt und Skeptiker sehen, dass sich in ihrem Umfeld ihre Freunde, Bekannte und Familienmitglieder impfen lassen.

Zum anderen ist es möglich, mit einer guten Kommunikation die Impfbereitschaft weiter zu steigern. Hier sind natürlich insbesondere staatliche Institutionen gefragt, wie zum Beispiel die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, aber auch unsere Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Hier erwarte ich, dass in den nächsten Monaten stärker als bislang die entsprechende Kommunikation unterstützt wird.

Ich möchte mich heute auch gegen Vorschläge aussprechen, die Lockerungen für Geimpfte als Anreize vorzusehen. Das würde einer Spaltung unserer Gesellschaft Vorschub leisten. Meines Erachtens führt das auch nicht dazu, dass sich Menschen selbstbestimmt zur Impfung entscheiden. Es führt im Gegenteil dazu, dass sich Menschen unter Druck gesetzt fühlen, sich impfen zu lassen. Das wiederum führt eben nicht zu Vertrauen in den Staat und seine Institutionen, das wir dringend stärken müssen, sondern es führt im schlimmsten Fall sogar zu mehr Misstrauen.

Das könnte uns nicht nur kurzfristig in der Frage der Impfbereitschaft, sondern vor allen Dingen auch langfristig schaden. Transparenz und Information sind dagegen bessere Mittel, um die Impfbereitschaft zu steigern.

Deshalb will ich zum Schluss auch auf Uğur Şahin, den Impfstoffentwickler von BioNTech, eingehen, der selbst in einem Interview ganz klar auf Transparenz über seinen Impfstoff setzt. Ich darf ihn mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren. Er sagt: „Bis

Mitte 2021 wird es so sein, dass nicht jeder eine Impfung bekommen wird, der eine bekommen möchte. Zunächst wird es also mehr Nachfrage geben, als Impfstoff verfügbar ist. Nach diesem Zeitpunkt aber werden bereits Millionen von Menschen geimpft sein, wir werden noch mehr Daten zur Sicherheit haben, sodass Skeptiker auf einer guten Basis entscheiden können, ob sie diese Impfung wollen oder nicht. Am Ende des Tages muss jeder selbst diese Entscheidung treffen."

Darauf sollten wir setzen. Wir sollten alles dafür tun, dass es genug Menschen, dass es viele Menschen gibt, die diese Entscheidung selbstbestimmt treffen, mit einer wissenschaftlich und verfassungsrechtlich fundierten Priorisierung und mit viel Transparenz und Information.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete! Vielen Dank, Herr Präsident, für Ihre teilnehmenden Worte, was die Situation in Trier betrifft. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass die Bürger und Bürgerinnen und erst recht die Angehörigen der Opfer das offen aufgenommen haben. Es tut einfach gut, wenn es auch hier im Parlament ein Thema ist. Vielen herzlichen Dank dafür.

Die Corona-Situation ist auch in unserem Land angespannt, in ganz Deutschland, aber natürlich auch in Rheinland-Pfalz. Warum? Weil in der sechsten Woche des Teil-Lockdowns die Zahlen schlicht und ergreifend nicht so nach unten gegangen sind, wie man sich das erhofft hat, auch mit zugrunde liegenden wissenschaftlichen Berechnungen.

Wir hatten andere Erwartungen an diesen Teil-Lockdown. Deshalb ist es auch für mich vollkommen klar – wir haben es nach der Kabinettsitzung schon deutlich gemacht –, für Lockerungen ist gar kein Raum bezogen auf die Vorhaben, die ursprünglich für Weihnachten und Silvester vorgesehen waren. Wir machen aber auch deutlich, die Landesregierung und ich, wir stehen ganz und gar zu dem Lockdown. Wir sollten die Weihnachtsruhe nutzen, um zu einem wirklichen Lockdown zu kommen.

Seit vielen Tagen führen wir Gespräche auf der Bundesebene, um gemeinsam zu sehr guten Lösungen zu kommen. Es ist mein Wunsch, auch für die Zukunft, dass wir das gemeinsam tun. Ich hoffe, dass wir

diese Entscheidungen jetzt bald in den nächsten Tagen treffen werden.

Ich will am Rande noch sagen, es ist mir ein Anliegen, dass wir auch im Bereich der Altenheime zum Schutz der älteren Bürger und Bürgerinnen noch einmal zu bundesweiten gemeinsamen Regelungen kommen, dass in jedem Altenheim tatsächlich getestet werden muss und die Besucher und Besucherinnen nur mit einem negativen Test hineindürfen oder entsprechend getestet werden müssen.

Ich will deshalb sagen, dass es, wenn wir heute über das Thema „Impfstoff“ sprechen, natürlich ein Zeichen der Hoffnung und der Zuversicht ist, wenn der Impfstoff demnächst auf den Markt kommt.

Es ist auch ein guter Zeitpunkt für die Orientierungsdebatte, weil die Empfehlung der STIKO jetzt gerade vorgelegt worden ist, wir zur Stellungnahme aufgefordert sind und gemeinsam in der Regierung dafür gesorgt haben, dass wir einen Tag später nachliefern dürfen, um mögliche neue Aspekte dieser Debatte noch mit aufnehmen zu können, sodass das Parlament nicht nur für sich diskutiert, sondern wir es in der Stellungnahme der Landesregierung transportieren können.

Bei uns im Land laufen bereits seit vielen Wochen mit Hochdruck die Vorarbeiten, dass wir an einem Tag dann auch viele Tausend Menschen impfen können und bereit sind, sobald der erste Impfstoff zur Verfügung steht. Frau Bätzing-Lichtenthäler wird dazu bestimmt noch etwas sagen. Ich habe es schon häufig betont, auch ich bin natürlich froh und stolz, dass die Mainzer Firma BioNTech zu den Unternehmen gehört, deren Impfstoff als erster zugelassen wird.

Ich weiß, alle wünschen sich, dass es noch schneller geht, aber ich sage auch noch einmal sehr klar und deutlich, wir haben es mit einem neuartigen Verfahren zu tun. Deshalb ist es sehr, sehr wichtig, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) genau überprüft und erst, wenn die Überprüfung abgeschlossen ist, die Zulassung des Impfstoffs freigibt. Genau auf diesem Weg sind wir zurzeit, und nach Ankündigung der Europäischen Arzneimittel-Agentur soll es Ende des Jahres zur ersten Zulassung von einigen Impfstoffen kommen.

Der nächste Schritt wird die Verteilung sein, darüber diskutieren wir heute ganz besonders. Klar ist, zumindest am Anfang wird der Impfstoff nicht für alle Menschen reichen, die sich gerne impfen lassen möchten. Deshalb ist es mir wichtig zu sagen, dass wir transparente, gut begründete und konsequent umgesetzte Kriterien haben müssen, wann und wer geimpft wird. Die Verteilung darf nicht dem Zufall überlassen werden, und erst recht darf es überhaupt

keinen Unterschied machen, ob jemand privat oder gesetzlich versichert ist. Es gilt weder das Windhund- noch das Ellenbogenprinzip. Das müssen die gemeinsamen Kriterien deutlich machen.

Vielmehr braucht es eine Verständigung darüber, wer bevorzugt wird und wer erst später geimpft werden kann. Hier sind grundlegende rechtliche, gesundheitliche, aber auch ethische Fragen berührt; denn bei der Verteilung geht es um elementare Grundrechte, allen voran natürlich der Schutz des Lebens und der Schutz der Gesundheit.

Die Experten und Expertinnen der Ständigen Impfkommission empfehlen, dass diejenigen zuerst geimpft werden, die selbst bei einer Infektion erwartbar ein besonderes Risiko tragen, schwer zu erkranken oder sogar zu sterben, und auch solche Menschen, die im engen Kontakt mit diesen infizierten und besonders gefährdeten Personen stehen, allen voran also die Menschen über 80 Jahre sowie Bewohner und Bewohnerinnen wie auch das Personal in Altenheimen.

Warum gibt es die Empfehlung, ältere Menschen und dann auch die chronisch Kranken zuerst zu impfen? Ich will es noch einmal kurz erklären, da es mir wichtig erscheint: Weil es gelingen kann, dass das Gesundheitssystem dann wirklich nachhaltig entlastet wird, wenn diejenigen zuerst geimpft und geschützt werden, deren Risiko am allergrößten ist und die dann auch immer die Mehrheit der Patienten in unseren Krankenhäusern bilden und als Erstes behandelt werden müssen. Insofern hätte man wirklich sehr schnell den spürbaren Effekt an dieser Stelle, dass nicht nur die Menschen geschützt werden, sondern auch das Gesundheitssystem selbst geschützt und entlastet wird.

Für mich ist dabei sehr wichtig: Die Entscheidung darüber, wer als Erster geimpft wird, ist keine Entscheidung darüber, welches Leben schützenswerter ist. Eine solche Abwägung widerspricht zutiefst unseren Grundwerten und unserem Grundgesetz und ebenso dem christlichen Menschenbild. Auch für die Verteilung des Corona-Impfstoffs gilt: Jeder Mensch hat die gleichen Rechte und die gleiche Würde.

Die Empfehlungen der STIKO bauen aber für die Verteilung auf das Prinzip der Solidarität. Es ist mehrfach gesagt worden, die besonders Schutzbedürftigen zuerst zu impfen setzt voraus, dass andere ihr eigenes – ich sage auch ganz deutlich, ihr berechtigtes – Interesse an einer Impfung zeitweise zurückstellen.

Deshalb bitte ich alle Bürger und Bürgerinnen schon jetzt ganz, ganz herzlich darum, dass dieser solidarische Weg unterstützt wird. Ich bin sehr sicher, dass wir am Ende alle miteinander gewinnen, weil wir so

unsere Liebsten bestmöglich schützen und auch unser Gesundheitssystem nicht überlasten.

Die Selbstbestimmung der Einzelnen wird dabei nicht ausgehebelt. Ganz im Gegenteil, sie bleibt Dreh- und Angelpunkt; denn eine Impfung muss immer freiwillig sein. Eine Impfpflicht kann und wird es nicht geben. Meine Haltung ist ganz klar: Wir dürfen die Menschen nicht zwingen, sondern wir müssen sie mit guten Gründen davon überzeugen, dass in einer Abwägung die Impfung die richtige Entscheidung ist. Wir müssen aber auch respektieren, wenn sich jemand anders entscheidet.

Voraussetzungen dafür, dass Bürger und Bürgerinnen der Impfung vertrauen, sind ein transparentes Verteilungsverfahren und kontinuierliche und verlässliche Informationen zu den Wirkweisen und Nebenwirkungen der Impfstoffe. Dazu gehört auch immer eine gute Beratung durch den Arzt, durch die Ärztin vor Ort bei der Impfung, damit alle Fragen beantwortet werden können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir, wenn wir dieses Verfahren gut anwenden, einen ganz großen Schritt der Hoffnung und der Zuversicht machen, weil schlicht und ergreifend die Menschen dann spüren, es kommen auch wieder andere, normalere Zeiten. Ich glaube, das wünschen wir uns zurzeit alle miteinander.

Vielen herzlichen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Christoph Gensch.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Herr Präsident, vorab möchte ich mich bei Ihnen auch ganz persönlich für die passenden Worte zur Tragödie in Trier bedanken. Vielen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Die neuerlichen Beschränkungen und die notwendigen Verschärfungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führen uns noch einmal eindrücklich vor Augen, dass die Pandemie noch nicht ausgestanden ist. Die Vorredner haben es angesprochen.

Mit den bisherigen Maßnahmen konnten wir zwar die Zahlen der Neuinfektionen und der Erkrankungen mit schweren Verläufen zwischenzeitlich stabilisieren und den exponentiellen Anstieg durchbrechen, aber wir konnten sie nicht auf ein Niveau senken, welches uns die Kontrolle über die Ausbreitung der Pandemie ermöglicht. Die jüngsten Zahlen – auch das wurde schon angesprochen – geben Anlass zu

erheblicher Sorge und erfordern eine Handlungs-
konsequenz.

Umso mehr sehen wir mit der nahenden Zulassung
mehrerer Impfstoffe nun ein Licht am Ende des Tun-
nels. Die Impfung wird der entscheidende Schritt
sein, die Pandemie zu beenden. Daher ist die Impfstoff-
versorgung in den nächsten Wochen und Mona-
ten das zentrale Thema. Da zunächst noch nicht ge-
nügung Impfstoff für Massenimpfungen zur Verfü-
gung stehen wird, ist eine Priorisierung faktisch not-
wendig.

Auch das haben Vorredner schon angesprochen: Die
Ständige Impfkommission hat am vergangenen Mona-
tag hierzu kluge Vorschläge gemacht. Insbesondere
die hochbetagten Menschen, welche ein besonders
hohes Risiko haben, schwer oder tödlich an Corona
zu erkranken, sollten früh geimpft werden, aber auch
die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesund-
heitswesen im patientennahen Bereich, insbeson-
dere im Umgang mit vulnerablen Gruppen, sollten
eine hohe Priorität haben.

Sie – das sollte nicht vergessen werden – stellen si-
cher, dass unser Gesundheitswesen weiter funktio-
niert, sind selbst einem hohen Expositionsrisiko aus-
gesetzt und dafür verantwortlich, dass Patienten mit
anderen chronischen Erkrankungen weiterhin, auch
während der Pandemie, medizinisch versorgt wer-
den können.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Abwägungen
der STIKO sind mit Blick auf Dringlichkeit, Gerechtig-
keit und Solidarität ausgewogen und helfen uns da-
bei, zu Beginn der Impfphase die gefährdetsten Per-
sonengruppen am schnellsten zu schützen.

Die Priorisierung – Frau Binz hat es schon angespro-
chen – erfolgt nicht nur aufgrund medizinisch-epi-
demiologischer, sondern auch aufgrund ethischer
und rechtlicher Erwägungen. Die Impfung soll selbst-
verständlich selbstbestimmt und freiwillig sein. Ein
wichtiger Maßstab für die Impfung sollte auch die
Wahrung der Integrität, also der gesundheitlichen
und sozialen Schadensvermeidung, und die Sicher-
ung des Funktionierens unserer Gesellschaft mit ih-
ren systemrelevanten Trägern sein.

Die Versorgung muss sich nach der Gefährdungslage
für die Betroffenen richten, statt etwa das Ziel zu
verfolgen, möglichst viele Gruppen und Bereiche
gleichzeitig und damit zwangsläufig unzureichend zu
bedienen.

Ich würde mir in der Stellungnahme nur noch eine
Präzisierung wünschen. In Abhängigkeit der verfü-
gbaren Impfstoffmenge und der Anforderungen an
die Lagerung wird sich – das ist abzusehen – im

Frühjahr/Frühsummer die Durchimpfung der Bevöl-
kerung von den Impfzentren in die Arztpraxen verla-
gern. Hier müssen wir sicherstellen, dass die Praxen
der niedergelassenen Ärzte nicht zum zentralen Ort
von Entscheidungen und Diskussionen darüber wer-
den, wer vorrangig geimpft werden soll. Ich halte es
daher für erforderlich, dass man in diesem Bereich
die Impfverordnung noch etwas konkretisiert.

Meine Damen und Herren, wir haben in Rheinland-
Pfalz 36 Impfstraßen, in denen 7.200 Menschen pro
Tag geimpft werden sollen. Wir können mit einer gro-
ßen Bereitschaft der Menschen vor allem in den Ri-
sikogruppen eine rasche Immunität in diesen Bevöl-
kerungsgruppen erreichen. Das setzt jedoch voraus,
dass diese Bereitschaft auch tatsächlich zu einer
Impfung führt.

Ich verstehe – auch da möchte ich mich meinen Vor-
rednern anschließen – zunächst einmal jeden, der
sich Sorgen macht, wenn ein fremder Stoff in den
Körper injiziert wird, gerade wenn es sich um eine
neue Impfstofftechnologie handelt. Hier sei aber je-
dem besorgten Bürger gesagt, dass verschiedene
Impfstoffe in der Entwicklung sind und alle ein etab-
liertes Zulassungs- und Testverfahren durchlaufen,
welches bei allen Medikamenten und Impfstoffen
angewandt wird und höchsten Sicherheitsstandards
entspricht.

Wir stellen in Europa nicht Vertrauen her, indem wir
eine Präsidententochter mit irgendetwas impfen.
Wir wollen auch nicht zwingend die Ersten sein,
wenn wir dadurch Standards herabsetzen müssen,
sondern wir arbeiten in der Zulassung nach nach-
vollziehbaren und etablierten wissenschaftlichen
Standards. Sie garantieren ein Höchstmaß an Sicher-
heit, wenn auch keine 100%ige Sicherheit.

Viel entscheidender ist noch – dieser Aspekt geht bei
der Debatte völlig unter –: Diese Standards garan-
tieren ein Höchstmaß an Wirksamkeit. Das ist eigentlich
die große Errungenschaft und das Besondere an ei-
ner Impfung. Mit einer Impfung schütze ich mich
dauerhaft vor einer Krankheit, ohne sie selbst durch-
leben zu müssen. Ich halte Impfungen mit für eine
der größten Errungenschaften der modernen Medi-
zin.

Ganz persönlich habe ich großes Vertrauen in unsere
Wissenschaft und unsere Behörden. Die Corona-
Impfstoffe durchlaufen kein gesondertes oder spezi-
elles Zulassungsverfahren, sondern werden genauso
ausführlich getestet, wie alle anderen Impfstoffe zu-
vor auch getestet worden sind.

Ohne Verschwörungstheorien zu viel Raum zu bie-
ten, will ich mit zwei Sätzen an all diejenigen gerich-
tet, die behaupten, dass der Corona-Impfstoff die
DNA verändert, also in die Gene eingreift, klarstellen,

dass er das nicht tut. Die mRNA-Impfstoffe verändern Gene nicht und greifen nicht in die DNA ein. Das ist molekularbiologisch unmöglich. Die Sorgen sind absolut unberechtigt.

Auch da möchte ich mich der Ministerpräsidentin und Frau Binz, meinen unmittelbaren Vorrednerinnen, anschließen. Unsere Aufgabe ist es, alle zusammen, in den nächsten Wochen und Monaten wie bisher für maximale Transparenz zu sorgen, um Vertrauen zu schaffen, eine offene Fehlerkultur zu pflegen, proaktiv und umfangreich für Aufklärung über die Impfstoffe und für gutes und viel Personal in den Impfzentren zu sorgen und eine entsprechende Logistik bereitzustellen, um diese Pandemie zielführend mit den Impfungen zu beenden.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen und der Bundesregierung in der Frage dieser national aufgelegten Impfstrategie den Rücken stärken.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Sven Teuber.

Abg. Sven Teuber, SPD:

Tod. Stille. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Tod gehört zum Leben. Herr Kollege Baldauf, nein, ich möchte mich gar nicht an diese Todesraten gewöhnen müssen. Sie müssen uns allen Ansporn sein, diese Pandemie schnellstmöglich zu bewältigen. Diese Todesraten, wie sie durch Corona aktuell zu verzeichnen sind, machen mich sehr demütigt. Alle drei Minuten am Tag stirbt ein Mensch aus unserer Mitte an Corona, so wie Ilse Olthoff oder Aphrodite Georgiou. Die Mortalitätsrate steigt besonders mit dem Lebensalter, die Gefahr, sich zu infizieren, aber eben auch mit der Art und Häufigkeit an Kontakten aus dem eigenen Umfeld.

Wir leben in der großen Mehrheit nun seit Monaten mit der täglichen Sorge, teilweise Angst, seine Liebsten und sich zu infizieren, die Gesundheit oder gar das Leben aufs Spiel zu setzen, Stillstand und Stille auszuhalten, nichts zu tun, um sich und andere zu schützen. Das ist eine Erfahrung, die wir in der Abso- lutheit und der gesamten Betroffenheit in unserem Land seit über 70 Jahren so nicht kennen.

Mehrere Generationen lang leben wir friedlich mit oder nebeneinander und haben es nun mit einem unsichtbaren, heimtückischen, natürlichen Infekt zu tun. Er löst in uns ein Gefühl aus, dem wir rational nur schwer beikommen können. Die Auswüchse dieser Ängste, Sorgen, ja Orientierungslosigkeit können wir bei uns wie auch weltweit auf Demonstrationen,

im Netz oder im Freundeskreis beziehungsweise der Familie beobachten. Wir können erkennen, dass auch dieses Phänomen alle Menschen eint, und zwar weltweit.

Wir sind eine Weltgesellschaft geworden, die sich gemeinsam sorgt und in Forschung, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft global vernetzt ist. Diese Vernetzung ist unsere Stärke. Ich möchte an dieser Stelle den wohl berühmtesten Trierer etwas abgewandelt zitieren, indem er sagte: Menschen aller Länder vereinigt Euch. – Die Stärke des Zusammenhalts und der Gemeinschaft Gleichgesinnter sollte genutzt werden. Die Forscher aller Länder haben sich vereinigt und so schnell wie nie zuvor Impfstoffe entwickelt. Sie lassen uns berechtigt hoffen, diese Pandemie schneller als jemals zuvor eine vergleichbare Pandemie beherrschbar zu machen.

Ein Piks, der Hoffnung gibt, titelte die Süddeutsche Zeitung daher gestern, als Margaret Keenan aus Coventry in Großbritannien als erste Patientin weltweit mit BNT162b2 aus dem Zukunftsland Rheinland-Pfalz geimpft wurde. 800.000 Impfdosen dieser deutsch-amerikanischen Koproduktion werden nun für Großbritannien in Belgien hergestellt. Anfang 2021 werden auch zum Beispiel aus Idar-Oberstein Millionen Impfdosen für unsere Bevölkerung geliefert.

Die beiden Unternehmer von BioNTech aus Mainz unter Beteiligung von Pfizer aus den USA haben uns einen Impfstoff vorgelegt, der einer Wirksamkeit von über 90 % entspricht. Das ist eine Meisterleistung in Rekordzeit, die auch durch die enge weltweite Kooperation der Forschung und Medizin erreicht werden konnte. Dankbar bin ich. Dankbar sollten wir alle sein und dieses Zeichen der Vereinigung von Wissen, Tatkraft und Finanzen über Grenzen hinweg zu Recht als Signal der Hoffnung nehmen.

Schließlich lässt sich aus dieser nie dagewesenen Krise unserer Moderne auch lernen, was Staaten miteinander erreichen können und wie entschlossen wir Veränderungen erzielen. Wir sollten diese Entschlossenheit nutzen. Sie kann uns Vorbild im Umweltschutz, dem Klimawandel, der Überwindung von Hunger und Armut sowie von Krieg sein. Ich spüre in unserer Gesellschaft eine Unterstützung dieser Hoffnungen. Ich erkenne darin den Willen, diese unvorstellbaren Einschränkungen, Begrenzungen und täglichen Sorgen wie Ängste zu überwinden, schnell, wenn auch mit Zweifeln.

Diese Zweifel sind für mich überwiegend Ausdruck dessen, dass wir selten erfahren, als Weltgemeinschaft einen negativen Zustand so stark und schnell überwinden zu können. Wir können damit selbst nicht glauben, wozu wir dadurch in der Lage sind. Ja, diese Zweifel gehören in unserer Lebenswelt dazu.

Ich hoffe aber, dass diese Zweifel am Ende kleiner als der Wunsch nach Schutz durch eine Impfung sind. Dies belegen auch die Zahlen unterschiedlicher Umfragen, zum Beispiel der BARMER, nach der sich mehr als jeder Zweite auf jeden Fall impfen lassen würde und sich insgesamt bis zu 70 % das vorstellen können.

Auch COSMO (COVID-19 Snapshot Monitoring) zeigt auf, dass sich mindestens jeder Zweite impfen lassen will. Die Bereitschaft steigt mit dem Alter enorm an, was auch dem direkten Schutzbedürfnis und steigender Mortalität geschuldet sein mag. Das passt zu den Impfeempfehlungen der Ständigen Impfkommision, die ich an dieser Stelle ausdrücklich befürworten möchte. COSMO zeigt auch auf, dass das Wissen und die Auseinandersetzung mit dem Impfstoff und dem Impfen drastisch angestiegen sind. Dies zeigt eine hohe Sensibilität und eine Neugier auf dieses Zeichen der Hoffnung.

Ich bin zuversichtlich, dass mit den ersten positiven in den Medien geteilten Erfahrungen zur Wirkung und Verträglichkeit der Impfungen dieser Wert noch einmal steigen wird und diese positive Hilfsbereitschaft zur Folge hat. Diese Botschafterinnen und Botschafter aus Wissenschaft, Medizin und Pflege sollten wir nutzen. Für Ilse Olthoff und Millionen auf der Welt an Corona Verstorbene kommt diese Hilfe zwar zu spät, aber wenn ich meine Oma morgen beredigen werde und sie voller Trauer jeden Tag vermisst, weiß ich auch, dass dieses Schicksal viele Menschen in Trauer vereint und uns gemeinsam über Grenzen hinweg entschlossen diese Pandemie durch Abstand, Hygiene und Impfung besiegen lässt.

Ich danke allen, die ihre Skepsis täglich hinterfragen, die mit sich ringen, die andere überzeugen und selbst überzeugt bleiben. Nur gemeinsam können wir Corona besiegen. Die Impfung ist ein Akt dieser gelebten Solidarität, die Frieden, Freiheit und Leben schenkt. Bleiben wir beisammen; denn niemand ist allein mit seinen Sorgen. Sie einen alle, wie uns auch die Hoffnung einen darf, gerade auch in unserem Zusammenhalt-Land Rheinland-Pfalz, wie es unsere Ministerpräsidentin am Wochenende so treffend beschrieb.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht die Abgeordnete Dr. Sylvia Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kollegen! In meiner Stellungnahme zum heutigen Thema sehe ich

mich als Medizinerin in der Verantwortung den Menschen gegenüber, nur meinem Gewissen verpflichtet zu sprechen. Nach einem Beobachtungszeitraum von beinahe zehn Monaten und vorliegenden Zahlen wissen wir, dass SARS-CoV-2 kein Killervirus und die rein medizinische Problematik ähnlich wie bei einer Influenza einzuschätzen sei, so der Rechtsmediziner Professor Püschel in unserer Anhörung in der Enquete-Kommission.

Dennoch erleben wir seit Monaten eine in ihrer Dramatik zunehmende Angst und Panik erzeugende Kommunikation der Regierenden. Massive Einschränkungen bürgerlicher Grundrechte sollen die Ausbreitung des Virus verhindern. Parallel beobachten wir einen ruinösen börsengetriebenen Wettbewerb der Pharmaunternehmen, bei dem jeder der Erste in der Zulassung des von ihm entwickelten Impfstoffs sein will. Nachdem BioNTech eine 90%ige Wirksamkeit verkündete und Moderna darauf eine 95%ige, kommunizierte BioNTech wenige Tage später ebenfalls eine 95%ige Wirksamkeit.

Großbritannien hat bereits eine Notzulassung genehmigt. Die Pharmaindustrie erwartet nun, dass die Zulassungsbehörden der EU offen, aufgeschlossen und entgegenkommend handeln. Gesundheitsminister Spahn entlarvt sich mit den Worten: Ich bin mir sicher, dass die Zulassungsbehörde nicht trödelt. – Rasche Zulassungen voraussetzend, wurden bereits vor Wochen Impfstoffdosen in dreistelliger Millionenhöhe bestellt, wodurch der Druck auf die Behörde noch einmal erhöht wird.

Bei dem neuen mRNA-Impfstoff gelangt gentherapeutisches Material in die Zelle, um hier die Produktion eines fremden viralen Eiweißes zu bewerkstelligen. Das ist ein völlig neuer Ansatz. Es gibt keinerlei Erfahrungswerte. In welche Körperzellen genau wird die RNA eingeschleust? Sind die Genschnipsel so gut geschützt, dass sie nicht auch in die Keimzellen gelangen könnten? Was passiert mit dem genetischen Material nach der Ablesung? Kann das genetische Material nach der Ablesung oder im Rahmen der Zellteilung weitergegeben werden? Hierzu erklärt der BioNTech-Chef in „Zur Sache! Rheinland-Pfalz“ am 3. Dezember klipp und klar, dass man über genetische Veränderungen durch die Impfung nichts wisse, weil die dazu laufenden Untersuchungen sieben bis neun Monate benötigten.

Die Frage, ob auch eine Infektion und damit eine mögliche Weitergabe des Virus unterbunden werden, war nicht Gegenstand der Impfstoffstudie. Darüber, inwiefern der Impfstoff nicht nur vor leichten, sondern auch vor schweren COVID-19-Verläufen schützt, beziehungsweise über die Dauer des Impfstoffes per se wissen wir nichts, wie der Präsident des Robert Koch-Instituts am 15. Oktober 2020 in phoenix erfasste. Ich zitiere: Also wir gehen davon

aus, dass im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken, wie gut die wirken, was die bewirken, aber ich bin optimistisch, dass es Impfstoffe gibt, ja. –

Wie sollen Ärzte angesichts dieses Offenbarungseids Aufklärungsgespräche führen können? Notwendige Daten zur Sicherheit konnten in der Kürze der Impfstoffentwicklung nicht erhoben werden. Dennoch wird der Impfstoff in Verkehr gebracht. Mit einer erst anschließenden Beobachtung möglicher Spätfolgen, also erst nach der Zulassung, werden Millionen von Menschen gegebenenfalls einem nicht hinnehmbaren Risiko ausgesetzt. Ist es angesichts dessen ethisch überhaupt zu vertreten, die gesamte gesunde Bevölkerung impfen zu wollen? Immer vor dem Hintergrund betrachtet, wir behandeln keine kranken Menschen, meine Damen und Herren, die uns vielleicht versterben könnten, sondern gesunde, denen wir eine Art Versicherung in die Hand geben.

Unsere Bürger müssen ihre Impfscheidung frei und autonom treffen, ohne Druck. Entscheiden sie sich gegen eine Impfung, ist dies zu respektieren, ohne sie als Impfgegner abzuqualifizieren beziehungsweise sozial zu benachteiligen. Meine Damen und Herren, Impfungen sind eine der größten medizinischen Errungenschaften. Sie haben einen festen Platz im Repertoire der Bekämpfung und Verhütung von Infektionskrankheiten. Die Corona-Krankheit ist gefährlich, aber nicht derart bedrohlich, dass ein mit Lichtgeschwindigkeit entwickelter Impfstoff, bei dem fundamentale Fragen nicht geklärt sind, eingesetzt werden soll. Zeitdruck darf niemals Vorrang haben. *Primum nihil nocere* ist ein Grundsatz des hippokratischen Eides: Zuerst nicht schaden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht deren Vorsitzende, die Abgeordnete Cornelia Willius-Senzer.

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst noch einmal ein Dank, dass Sie an Trier erinnert haben. Als ich in Trier war, habe ich die Gelegenheit genutzt und auch den Seelsorgern und Betreuern Danke gesagt; denn es wird noch lange dauern, bis die schrecklichen Bilder bei den Betroffenen aus den Köpfen heraus sein werden.

Meine Damen und Herren, schon kurz nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie haben Unternehmen weltweit an der Entwicklung eines Impfstoffs gearbeitet. Noch nie wurde so rasant an der Entwicklung gearbeitet und wurden so viele Tests vorgenommen, um die Sicherheit des Impfstoffs zu gewährleisten.

Auch die Forscherinnen und Forscher des Unternehmens BioNTech aus Mainz haben sich daran beteiligt. Heute können wir feststellen, dass sich all die Mühe und Arbeit gelohnt haben. Ein Unternehmen aus Rheinland-Pfalz gibt der ganzen Welt Hoffnung. Diese Erfolgsmeldung bringt aber auch die sehr schwierige Frage nach der Verteilung mit sich. Klar ist, die Produktion des Impfstoffs läuft jetzt erst an. Die Dosen sind zunächst knapp und werden zunächst auch nicht für die gesamte Bevölkerung ausreichen.

Wir müssen uns daher fragen, wie wir die Impfdosen ab Januar verteilen beziehungsweise wie eine gerechte Verteilung der Priorisierung aussieht. Es sind ethische und elementare Fragen über unsere Gesellschaft und unser gemeinsames Zusammenleben. Es ist ein enges Austarieren des Rechts auf Gesundheit und der gesellschaftlichen Solidarität; denn jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf den Schutz seiner Gesundheit durch eine Impfung, eine freiwillige und aufgeklärte Zustimmung vorausgesetzt. Gleichzeitig sind manche Personen aber auch deutlich stärker in ihrer Gesundheit gefährdet. Das rechtfertigt eine Priorisierung und erfordert gesellschaftliche Solidarität. Jüngere Personen ohne Vorerkrankungen stellen ihren eigenen Anspruch für eine bestimmte Zeit zugunsten älterer und gefährdeter Mitbürgerinnen und Mitbürger zurück.

In Anbetracht dieser Abwägungen hat die Ständige Impfkommission folgende Priorisierung vorgeschlagen: Zum einen sollen Bewohner von Senioren- und Altenpflegeheimen sowie Menschen über 80 Jahre geimpft werden. Zum anderen erhalten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Notaufnahmen, Pflegeheimen sowie medizinisches Personal mit engem Kontakt zu Risikogruppen die Möglichkeit zur Impfung. Diese erste Impfgruppe beinhaltet etwa 8,6 Millionen Menschen. Im Januar stehen nach Aussage des Bundesgesundheitsministers aber nur 3 Millionen Impfdosen zur Verfügung. Daher müssen wir die Priorisierung noch weiter verschärfen und die Risikogruppen noch enger definieren. Die Priorisierung auf ältere und schwerstkranke Menschen halte ich in Anbetracht der derzeitigen Verfügbarkeit für vernünftig und richtig.

Es steht aber genauso fest, dass wir das Austarieren zwischen Gesundheit und Solidarität transparent und konsequent kommunizieren müssen. Die Priorisierung und die Wirksamkeit des Impfstoffs müssen wir stetig evaluieren. Die gesellschaftliche Akzeptanz einer priorisierten Verteilung sowie die allgemeine Bereitschaft zur Impfung hängen davon entscheidend ab. Es ist unerlässlich, immer wieder auf die Entscheidungsprozesse sowie die Risikobewertung hinzuweisen und die Bedenken der Öffentlichkeit ernst zu nehmen und darauf einzugehen, um eine möglichst große Akzeptanz und Verständnis zu erzielen.

Meine Damen und Herren, Frau Dr. Groß, Angst machen und verunsichern sollten wir in diesen Zeiten auf gar keinen Fall. Bei all diesen schwierigen Fragen und Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung dürfen wir eines nicht vergessen: Die Tatsache, dass wir darüber diskutieren, ist ein Anlass zur Freude. Es ist ein Anlass zur Hoffnung. Sie ist ein Schritt zur Normalisierung in der Welt, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Daniel Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sind das harte Zeiten für uns alle, was ist das für ein schwieriges Jahr: die vielen Toten und Kranken durch Corona, die Situation jetzt wieder in unseren Kliniken, die Angst vieler Menschen um die eigene Gesundheit und die ihrer Familien, die wirtschaftlichen Folgen, Unternehmen, die insolvent gehen oder vor der Insolvenz stehen, die sozialen Folgen, Lebensträume, die sich nicht realisieren lassen, Kindergeburtstage, die nicht gefeiert werden können, Beerdigungen, bei denen wir nicht von den Liebsten, die von uns gegangen sind, in würdiger Weise haben Abschied nehmen können und im Moment auch ganz persönlich die Frage, ob ich dieses Mal zum ersten Mal am Heiligen Abend nicht den Gottesdienst besuchen kann oder werde.

In diesen harten Zeiten kommt ein Signal der Hoffnung aus der Mainzer Oberstadt in die Welt. Das ist mein Heimatstadtteil, in dem ich geboren und aufgewachsen bin und von dem ich heute Ortsvorsteher bin, ausgerechnet von dem Ort, an dem uns in meiner Kindheit durch NATO-Stacheldrahtzaun geschützt die Bundeswehrkaserne Gefahren des Kalten Krieges mitten in den Alltag gebracht hat. Von diesem Standort kommt dieses Signal der Hoffnung. An der Goldgrube bei mir um die Ecke haben sie einen Corona-Impfstoffkandidaten entwickelt, der eine 94%ige Wirksamkeit aufweist. Der weltweit erste zuverlässige Impfstoff kommt aus Mainz. Wir sind froh und stolz, dass wir mit BioNTech eines der weltweit führenden forschenden Biotechnologieunternehmen in unserer Stadt und in unserem Stadtteil in Rheinland-Pfalz haben.

Dieser Erfolg hat eine lange Geschichte. Ich war vor über 15 Jahren bei dem Vorgängerunternehmen von BioNTech, bei Ganymed, und damals schon beeindruckt von dem Willen der Forscherinnen und Forscher, aus der hervorragenden Grundlagenfor-

schung des Universitäts- und Wissenschaftsstandorts Mainz anwendbare Medikamente und Impfungen für die Praxis herzustellen. Es war damals eine Zeit, in der viele die Etats der Grundlagenforschung in den Hochschulen nach dem Motto, das ist zu nichts nütze und das kann man gar nicht gebrauchen, infrage gestellt haben.

Ich bin froh und finde es auch bemerkenswert, dass mit Uğur Şahin und Özlem Türeci zwei herausragende Persönlichkeiten mit türkischer Migrationsgeschichte dem Unternehmen vorstehen. Ich finde es ein beeindruckendes Beispiel für die Erfolgsstory Einwanderungsland Deutschland und dafür, dass Integration und Vielfalt unsere Gesellschaft am Ende stärker machen und nach vorne bringen. Dank der herausragenden Forschungsleistung und des unternehmerischen Engagements, aber auch der guten Rahmenbedingungen für den Wissenstransfer sind wir heute ein weltweit führender Biotechnologiestandort. Großbritannien setzt den Impfstoff aus Mainz schon ein. In der Europäischen Union ist die Zulassung in Kürze zu erwarten, aber auch weitere Impfstoffkandidaten befinden sich in dieser entscheidenden letzten Phase. Wir werden sie alle brauchen.

Das bringt mich zur Frage der Impfstrategie und der Priorisierung. Zunächst einmal denke ich, es ist richtig und gut, dass bundesweit nach einheitlichen Standards vorgegangen wird und wir nicht sozusagen im Überbietungswettbewerb vorgehen. Wenn Sie mich ganz persönlich fragen, wer als allererstes priorisiert werden soll, dann sage ich, immer ganz zu allererst diejenigen, die – wie ich immer sage – an der Corona-Front in den Intensivstationen unserer Krankenhäuser kämpfen, die um jedes einzelne Patientenleben ringen, die Menschen in der Pflege und die Medizinerinnen und Mediziner, die seit Wochen und Monaten unter schwierigsten Bedingungen Großartiges leisten.

Ich möchte aber auch ein Augenmerk auf diejenigen Menschen setzen, die eine Behinderung haben. Das Thema der Inklusion und inklusiven Gesellschaft ist mir ein Herzensanliegen. Es gibt Behinderungen, die zu einem erheblich höheren Risiko für COVID-19 führen: Trisomie 21. Auch die Ständige Impfkommission sagt in ihrer wissenschaftlichen Begründung, dass Trisomie 21 zu einem zehnfach erhöhten tödlichen Verlauf von COVID-19 und einer fünffach erhöhten Krankenhausaufenthaltswahrscheinlichkeit führt.

Meine Damen und Herren, das muss dann auch in der Priorisierung entsprechend berücksichtigt werden. Zwar wird in der zweiten Kategorie aufgeführt, dass Menschen mit geistiger Behinderung zu priorisieren sind, aber in Institutionen. Ich finde, dass auch all diejenigen Menschen mit Trisomie 21, die

inklusiv und mitten unter uns leben, Berücksichtigung finden müssen. Ich glaube, es darf ihnen nicht zum Nachteil gereichen. Wenn Menschen mit geistiger Behinderung inklusiv leben, brauchen sie auch eine Priorisierung.

Ich wünsche mir, dass die Impfstrategie inklusiv umgesetzt wird: barrierefreie Impfzentren, Informationen in leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache, damit niemand abgehängt wird. Kein Mensch mit Behinderung, der sich impfen lassen will, soll daran gehindert werden, weil er die Informationen nicht hat und es nicht möglich ist. Ich wünsche uns, dass die Hoffnung, die wir dareinsetzen, zu einer besseren Realität im Jahr 2021 führt.

Bitte bleiben Sie mir alle gesund.

Herzlichen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Staatsminister Herbert Mertin.

Staatsminister Herbert Mertin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Leben hält bittere Momente bereit. So war es auch letzte Woche in Trier, in der Familien Todesfälle und Verletzte aus ihren Familien beklagen mussten, ja gerade eine Familie geradezu in zwei Todesfälle und zwei Verletzte zerrissen wurde. Das ist bitter. Insofern danke ich dem Präsidenten für seine Worte, die er eingangs gefunden hat.

Bittere Momente bringt das Leben aber bedauerlicherweise immer wieder mit sich. So tut es auch dieses Virus, das wir bekämpfen müssen. Seit es da ist, hat es viele betroffen, die davon infiziert wurden. Viele haben es auch relativ gut überwunden, aber eine nennenswerte Zahl musste sehr lange im Krankenhaus bleiben, bevor sie entlassen werden konnte, und kämpft sich nur mühsam in ein normales Leben zurück. Andere konnten das Krankenhaus auch gar nicht mehr verlassen. Ich denke, diese Fakten lassen sich nicht leugnen.

Es ist für uns eine schwierige Situation, in der wir uns mit aller Kraft daranmachen müssen, was geht, um diesen Virus zu bekämpfen, auch zu tun. Es ist sicherlich ein Hoffnungsschimmer für uns alle, dass uns viele Forschungen, die bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in anderen Ländern stattgefunden haben, ermöglichen, in Bälde – so hoffen wir alle – einen Impfstoff oder mehrere Impfstoffe zu haben, die unterschiedlich ausgestaltet sein können und geeignet sind, dieses Virus zu bekämpfen und ein größeres Maß an Sicherheit für unsere Gesellschaft zu begründen.

Eines steht aber jetzt schon fest – das hat auch eine Erklärung von Pfizer ergeben, die eine Prognose, wie viel sie dieses Jahr noch liefern könnten, zurückgenommen haben –, wir werden nicht zu Beginn der Impfkampagnen einen Impfstoff in ausreichender Menge zur Verfügung haben, sodass alle möglichst schnell versorgt werden können. Selbst wenn es so wäre, könnten wir nicht alle, die es wollen, an einem Tag impfen. Es muss also eine Priorisierung erfolgen. Die Frage ist, auf welche Art und Weise sie zu erfolgen hat.

Herr Abgeordneter Köbler, wir haben insofern kein Problem. Das muss die Bundesrepublik Deutschland regeln. Die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund – es ist konkurrierende Gesetzgebung –, aber er hat sie ausgeschöpft. Es gibt das Infektionsschutzgesetz. Es gibt das Sozialgesetzbuch V. Überall dort hat der Bund Regelungen getroffen. Insofern hat er die Gesetzgebungskompetenz und muss dies regeln. Unterschiedliche Meinungen gibt es, auf welche Art und Weise dies zu geschehen hat.

Bei der letzten Änderung des Infektionsschutzgesetzes hat sich auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags dazu geäußert. Er hat gemeint, die Priorisierungsentscheidung hätte am besten das Parlament, der Bundestag, in Form eines Gesetzes zu treffen. Wenn ich es richtig verfolge, sieht man es in der Bundesregierung anders. Man wird es wohl in einer Rechtsverordnung regeln. Ich persönlich würde mir wünschen, dass man den rechtlich sichersten Weg wählt, um einfach die Angriffsflächen gegen das, was dann dort vorgesehen wird, zu minimieren. Ich kann aber mit beiden Entscheidungen leben, sei es durch ein Gesetz des Bundestags oder eine Rechtsverordnung; denn das, was dort hineingeschrieben wird, ist schon von Wissenschaft vorgedacht worden.

Es gibt eine Stellungnahme des Deutschen Ethikrats, zusammen mit der Ständigen Impfkommission und der Leopoldina. Es gibt jetzt auch Vorschläge der Ständigen Impfkommission, sodass das, was in eine Rechtsform zu gießen ist, wie ich finde, sehr gut vorgedacht ist. Man hat eine Priorisierung vorgenommen, an der ich nichts auszusetzen habe. Insofern kann ich, egal mit welcher Variante, gut leben. Wir werden uns daranmachen, dies umzusetzen.

Besonders wichtig erscheint mir aber eine Kommunikationsstrategie, die die in hohem Maße in unserer Gesellschaft vorhandene Impfbereitschaft auch aufrechterhält. Wir haben aus anderen Kampagnen in anderen Ländern dieser Erde Erkenntnisse, wo diese aufgrund von irgendwelchen Falschmeldungen sehr schnell in sich zusammenbrechen kann. Es gibt einen Vorgang in Japan beziehungsweise den gibt es auch überall dort, wo ein Impfstoff gegen Gebärmutterhalskrebs eingesetzt wurde. Es gab eine große Bereitschaft in der Gesellschaft, sich dagegen impfen

zu lassen. Dann wurden sozusagen Fake News in die Welt gesetzt, und diese Bereitschaft rauschte in sich zusammen. Der japanischen Gesellschaft ist es nicht gelungen, das aufzufangen, in Irland aber wohl.

Insofern meine ich, zu allem, was wir vorbereitend tun müssen, gehört auch eine Informationskampagne, die die Bürger offen und ehrlich darüber informiert; denn über eines sind wir uns einig: Egal welches Arzneimittel wir zu uns nehmen, egal welche Arzneimittel oder welche Arztbehandlung auf uns zukommt, der Beipackzettel ist immer sehr lang. Risiken und Nebenwirkungen können nicht 100%ig ausgeschlossen werden.

Wenn hier gesagt wurde, die Pharmakonzerne würden Druck ausüben: Jedenfalls haben sie es nicht erfolgreich getan. Sie haben nämlich auf europäischer Ebene versucht, eine vorzeitige Zulassung wegen Großbritannien zu bekommen, die sämtliche Haftungsrisiken auf den Staat verlagert. Das macht die Europäische Union eben nicht, sondern sie macht nur eine bedingte Zulassung, die die Haftung bei den Unternehmen lässt. Insofern müssen die Unternehmen ein sehr großes Interesse daran haben, dies auch zukünftig wirksam zu verfolgen.

Ein Letztes scheint mir in dem Zusammenhang wichtig: Ja, es trifft zu, wir lassen es relativ schnell zu, auch wenn alles durch Parallelschaltungen anders als sonst so gemacht worden ist, was nötig ist, um einem solchen Impfstoff zu begegnen. Er kann aber in sehr seltenen Einzelfällen auch ganz andere Auswirkungen haben. Deswegen würde ich mir wünschen, dass man eine Langzeitbegleitforschung macht, um solche Einzelfälle aufzugreifen, festzustellen und gegebenenfalls das Nötige zu tun. Ich glaube schon, wir werden letztlich erfolgreich sein, wenn wir als Staat gemeinsam mit einer solchen Strategie ins Rennen gehen.

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Sabine Bätzing-Lichtenthäler in ihrer Funktion als Abgeordnete.

Abg. Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoffnung ist es, was ich persönlich zu allererst mit einem Impfstoff verbinde; denn auch wenn die bisherigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung noch einige Zeit unseren Alltag bestimmen werden, ist der Impfstoff eine Hoffnung, dass bald wieder ein Leben möglich sein kann, wie wir es vor der Pandemie geführt haben. Hoffnung ist große Motivation für uns alle, die wir seit vielen Monaten daran arbeiten, die Pandemie zu bekämpfen. Als Gesundheitsministerin ist es auch ein unglaublicher Ansporn für meine Arbeit.

Es ist mein täglicher Anspruch, diese Hoffnung nicht zu enttäuschen. Da geht es einerseits um die ganz praktischen Fragen der Impfvorbereitung. In enger Abstimmung mit den Kommunen wurden binnen kürzester Zeit 31 Impfzentren mit 36 Impfstraßen aufgebaut. Hinzu kommen mobile Teams, die insbesondere die Impfungen in den Pflegeeinrichtungen übernehmen werden. Sobald die ersten Impfstoffe ausgeliefert werden, können in Rheinland-Pfalz Impfungen stattfinden.

Doch gerade zu Beginn der Impfungen steht nicht nur das Organisatorische im Vordergrund. Es geht vor allem auch um ganz grundsätzliche Fragen. Wie werden die Kriterien für Impfungen so festgelegt, dass sie für alle verständlich sind? Wie wird entschieden, wer zuerst geimpft wird? Ich habe es bereits im Gesundheitsausschuss vor einigen Tagen betont: Wir wollen, nein wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über diese Fragen; denn nicht für jede und nicht für jeden, der sich vielleicht gleich zu Beginn impfen lassen möchte, wird dies unmittelbar möglich sein.

Es wird sicherlich an der einen oder anderen Stelle Wünsche geben, die nicht sofort erfüllt werden können. Umso wichtiger ist es mir ganz persönlich, dass wir alle gemeinsam die Kriterien für Impfungen diskutieren, wir sie gut abwägen, wir sie offen und transparent machen, sodass all die, die nicht sofort geimpft werden können, nachvollziehbar erfahren, warum sie sich noch etwas gedulden müssen, und Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Ich bin dem rheinland-pfälzischen Landtag sehr dankbar, dass er uns heute diese Debatte ermöglicht. Wir werden sie in die Stellungnahme der Landesregierung zur STIKO-Beschlussempfehlung einfließen lassen, damit der Landtag in dieser entscheidenden Frage auch beteiligt wird und damit diese Kriterien so transparent wie möglich sind; denn wir entscheiden hier nicht irgendeine abstrakte Frage. Auf uns ruhen die Erwartungen, ruht die Hoffnung von vielen Menschen auf ein Ende der Einschränkungen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hoffnung, Hoffnung auf einen Impfstoff, Hoffnung darauf, das alte Leben zurückzubekommen, das alte Leben mit den Kontakten und Begegnungen, dem Händedruck oder der Umarmung zur Begrüßung, der Reise oder dem spontanen Restaurantbesuch, was für eine Perspektive nach vielen, vielen Monaten der Einschränkungen. Ja, uns alle eint diese Hoffnung, aber – das ist mir auch ganz wichtig zu betonen – es ist nach meiner festen Überzeugung zutiefst gerecht, zunächst diejenigen Personen zu impfen, bei denen dies unmittelbar geboten ist. Das sind die alten Menschen, die vulnerablen Gruppen.

Wenn wir alle uns wünschen, bald wieder reisen oder uns in den Arm nehmen zu können, dann stellen Sie sich nur einmal vor, wie groß diese Hoffnung für alte Menschen sein muss, die in einer Pflegeeinrichtung wohnen und für lange Zeit nur eingeschränkt Kontakt zu ihren Liebsten haben konnten und für die eine Ansteckung mit dem Virus tatsächlich lebensbedrohlich sein kann. Als nicht unmittelbar Betroffene können wir wohl kaum ermessen, was es für diese Menschen bedeutet, dass eine Impfung in greifbarer Nähe ist.

Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen oder in den Krankenhäusern, die mit den Menschen täglich zusammenkommen oder die beispielsweise auf den Intensivstationen tagtäglich selbst dem Virus ausgesetzt sind, sollten eine schnelle Gelegenheit haben, sich impfen zu lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier hat eine Impfung einen unmittelbaren Nutzen für unsere gesamte Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte, die wir heute führen, wird auch in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen. Es wird Fragen von Bürgerinnen und Bürgern geben, auf die wir als Politik klare und nachvollziehbare Antworten geben müssen. Aus diesem Grund habe ich gestern einen Ethikbeirat Corona-Schutzimpfung ins Leben gerufen, der uns bei den vor uns liegenden Aufgaben unterstützen wird; denn das ist für mich zentral: Der Erfolg der Impfung beruht auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Klare, offene Kommunikation und Transparenz bei der Umsetzung sind dafür die Voraussetzung.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Staatsministerin Anne Spiegel.

Staatsministerin Anne Spiegel:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor rund 500 Jahren hat eine Erfindung aus Mainz schon einmal die Welt verändert. Damals war es der Buchdruck mit beweglichen Lettern. Diesmal ist es der Corona-Impfstoff. Damals wie heute ist der Gerechtigkeitsaspekt ein sehr wichtiger gewesen, vor allem im Sinne einer globalen Gerechtigkeit. Wir müssen sicherstellen, dass die wirtschaftlich schwächeren Staaten an der Verteilung des Impfstoffes genauso teilhaben wie die reichen Staaten. Es handelt sich um eine globale Pandemie. Wir können sie nur global und mit dem Ansatz der globalen Gerechtigkeit lösen.

Ich begrüße daher das Programm COVAX (COVID-19 Vaccines Global Access) der Weltgesundheitsorganisation sehr, das vor allem sicherstellen soll, dass auch die ärmsten Länder den Impfstoff erhalten. Deutschland unterstützt finanziell bei der Beschaffung des Impfstoffs. Auch die Europäische Union engagiert sich mit einem Gesamtbeitrag von rund 500 Millionen Euro. Dieser Einsatz ist gut, aber es muss uns auch klar sein, als reicher Staat haben wir die Pflicht zu prüfen, ob dieses Engagement genügt, um wirklich ausreichend Impfstoff in die ärmeren Länder dieser Welt zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, den Impfstoff bei uns im Land zu verteilen, dann sind folgende Aspekte wichtig: natürlich zunächst einmal, dass es keine Impfpflicht und keinen Impfwang gibt. Dann brauchen wir – da möchte ich allen, die das erwähnt haben, ausdrücklich recht geben – eine breit angelegte Informationskampagne, barrierefrei in mehreren Sprachen und in einfacher Sprache. Das muss vorgeschaltet sein. Der Corona-Impfstoff ist ein Hoffnungsschimmer. Jeder, der sich selbstbestimmt und aufgeklärt impfen lässt, ist ein Hoffnungsträger. Gemeinsam entsteht dann viel Hoffnung, dass wir diese Corona-Pandemie in die Knie zwingen können.

Dann sollten wir – auch das wurde schon von einigen gesagt – diejenigen zuerst impfen lassen, die zu den Risikogruppen gehören: ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, aber als Kinder- und Jugendministerin ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass wir auch unter den Jüngsten in unserer Gesellschaft Risikopersonen haben. Dann sollten auch diejenigen in den Gesundheits- und Pflegeberufen die Impfungen erhalten. Sie leisten schon seit Monaten Schwerstarbeit, sei es in den Kliniken, in der Pflege, in den Altenheimen oder den Arztpraxen und Fieberambulanzen. Gleiches gilt für mich auch für die Rettungskräfte, ebenso für Polizei, Feuerwehr und Sanitätsdienst. Auch sie sollten früh Zugang zu den Impfungen bekommen.

Wichtig ist mir auch, dass wir unser Bildungssystem mit den Schulen und Kitas in den Blick nehmen. Auch diese Bereiche sind für mich absolut systemrelevant. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt aber auch soziale Aspekte zu berücksichtigen, beengte Wohnverhältnisse mit zahlreichen täglichen Kontakten, etwa durch die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft oder viele Wohnparteien in einem Haus. Nicht zuletzt bin ich der Meinung, jede Impfstrategie muss Öffnungsklauseln für besondere Einzelfälle, für besondere Ausnahmen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend, ja, es ist ein sehr hartes Jahr. Meine Gedanken sind bei all den Angehörigen und Freunden, die Menschen in diesem Jahr verloren haben.

Ich möchte abschließend all jenen danken, die sich seit vielen Monaten mutig und engagiert für unsere Gesellschaft einsetzen, im Gesundheitssystem, im Pflegesystem, für Erkrankte, für COVID-19-Überlebende mit Spätfolgen, in den Kliniken und Praxen, in den Kitas und Schulen.

Die Hoffnung auf den Impfstoff darf uns nicht nachlässig werden lassen. Die Situation ist alarmierend. Wir müssen handeln. Der Kurs darf eben nicht in Richtung Lockerungen gehen, sondern eher in Richtung Lockdown.
Herzlichen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Dr. Katrin Rehak-Nitsche.

Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Else ist 85. Sie kann es kaum erwarten, bis sie sich impfen lassen kann. Reinhard ist 60. Er ist ambivalent. Er weiß es noch nicht so genau. Jan ist 28 und leidet unter starker Diabetes. Er informiert sich jeden Tag, wann es endlich losgehen kann. Miriam, 36, will sich auf jeden Fall impfen lassen, ihre Kinder aber nicht und sie auch noch nicht jetzt. Meine Damen und Herren, der Umgang mit Gesundheit ist hoch individuell und die persönliche Risikoeinschätzung ist es ebenso. Deswegen sind drei Dinge für mich zentral, wenn es um die Corona-Schutzimpfung geht: Information, Transparenz und Selbstbestimmung.

Es gibt Impfwillige, es gibt Impfgegner und es gibt alles dazwischen. Das dürften sehr, sehr viele Menschen sein. Das sind Menschen, die sich informieren, die ihr persönliches Risiko abwägen und sich dann entscheiden, für, gegen, für später. Das ist ganz normal; denn wir haben es bei der Corona-Impfung mit zwei Herausforderungen zu tun, von denen eine schon ausreichen würde. Erstens ist es eine neue Technologie, die zwar seit vielen Jahren erforscht wird, jedoch noch nie in einer Impfung zum Einsatz kam. Zweitens muss die ganze Welt versorgt werden, und zwar möglichst sofort und auch noch zeitgleich.

Zur Versorgung: Wir werden es in den ersten Monaten mit einer internationalen Knappheit an Impfstoffen zu tun haben. Deswegen ist es wichtig, vorher – bevor begonnen wird zu impfen – klar festzulegen, wer wann die Impfung bekommen kann. Hier darf es nicht darum gehen, die Schnellsten, Stärksten und Rücksichtslosesten zuerst zu impfen. Deshalb gibt es die gemeinsame Stellungnahme von Ständiger Impfkommission, Deutschem Ethikrat und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Die Empfehlungen sind logisch und basieren auf höchsten

medizinischen, ethischen und rechtlichen Prinzipien: zuerst die, die das höchste Risiko tragen, dann die, die anlass- und berufsbedingt ansteckungsgefährdet sind, und wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens.

Diese Priorisierungsentscheidungen sind gut begründet und transparent. Sie müssen aber auch über die ganze Welt gezogen werden; denn der Schutz der eigenen Bürgerinnen und Bürger entpflichtet nicht von der Wahrung der Menschenrechte überall und für alle. Der menschenrechtliche Anspruch auf Gesundheits- und Lebensschutz ist universal. Diesen jetzt umzusetzen, ist keine leichte Aufgabe. Ich bin sehr froh, dass Deutschland, die EU und die WHO sich darum bemühen, dass alle Menschen gleichermaßen mit Impfstoff versorgt werden können.

Übrigens finde ich die Idee, dass es gesellschaftliche Vorteile für Geimpfte geben könnte, sehr schwierig. Schwierig einmal deshalb, weil wir in den nächsten Monaten gar nicht ausreichend Impfstoff zur Verfügung haben werden. Wenn es gar nicht die Möglichkeit gibt, sich impfen zu lassen, darf auch niemand ausgeschlossen werden. Sehr schwierig aber auch deshalb, weil ich Abgrenzungsprobleme sehe. Wir haben ein in der Regel sehr gut funktionierendes System der meldungspflichtigen Krankheiten. Das ist auch auf Corona ausgedehnt worden. Wenn wir bei einer Krankheit anfangen, dann kommen wir meiner Ansicht nach in Diskussionen, die gesellschaftlich nicht oder sehr schwer lösbar sind. Es gibt sehr gute Gründe, warum gerade Gesundheitsdaten, die sensiblen Gesundheitsdaten, sehr starken Schutzbestimmungen unterliegen. Das sollte durch Corona nicht aufgeweicht werden.

Ich bin dafür, dass möglichst rasch alle geimpft werden, die sich impfen lassen wollen. Wenn wir dann die Pandemie immer noch nicht im Griff haben, müssen wir weiterreden. Ich bin aber optimistisch, dass uns das nicht nur dank der neuen Impfstoffe, sondern auch mit verbesserten Wirkstoffen, mit zielgenaueren Therapien und konsequenter Nachverfolgung innerhalb des nächsten Jahres gelingen wird.

Zur Technologie: Jeden Tag kann Mensch mehrere Artikel dazu lesen, warum die Impfung riskant ist oder nicht und welche Bedenken rational sind und welche nicht. Fakt ist, die Technologie muss sich erst noch beweisen. Es ist normal und wichtig, konstruktiv kritisch auf eine neue Technologie zu schauen. Dazu gehört, wie die Leopoldina auch schreibt, dass ein System zur zeitnahen Erfassung und Bewertung von unerwünschten Ereignissen etabliert werden muss, um die Impfrisiken zu minimieren. Genauso wird es sein. So ist es richtig. Das schafft Vertrauen.

Dazu gehört aus meiner Sicht auch, dass der Nutzen für die verschiedenen Alters- und Risikogruppen

sorgfältig abgewogen werden muss. Bei einem vorerkrankten 80-Jährigen sieht diese Abwägung völlig anders aus als bei einer gesunden 20-Jährigen.

Für mich als ausgebildete Wissenschaftlerin hat die Leopoldina in diesem Zusammenhang eine ganz bemerkenswerte Aussage getätigt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Auf die Bedenken der Öffentlichkeit muss respektvoll eingegangen werden. (...) Das bedeutet auch, die Bedeutung von Fragen nicht herunterzuspielen, auch wenn diese aus wissenschaftlicher Sicht auf unvollständigen oder falschen Informationen oder Überzeugungen basieren.“ Diese Aussage markiert einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft. Sie hat erkannt, eine Erkenntnis nützt nichts, wenn niemand sie versteht oder anwendet, und sie hat erkannt, sie muss zu den Menschen gehen, um wirksam zu sein. Bitte weiter so.

Anschließend gestatten Sie mir als ehemaliger Wissenschaftlerin einen Gedanken. Vor 20 Jahren saß in Tübingen ein unbekannter Doktorand namens Ingmar Hoerr in seinem Labor und hatte eine Idee. Damals wurde er belächelt. 20 Jahre später bekommt er Applaus. Das sagt uns, Grundlagenforschung ist unendlich wichtig. Sie kann morgen die Welt retten.

Vielen Dank und bleiben Sie gesund.

Präsident Hendrik Hering:

Nun hat die fraktionslose Abgeordnete Helga Lerch das Wort.

Abg. Helga Lerch, fraktionslos:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit großen Erwartungen und Hoffnungen haben viele Menschen in diesem Land die Entwicklung eines Impfstoffs verfolgt. Jetzt, da wir kurz vor einem denkbaren Ausweg aus der Pandemie stehen, stellt sich die Frage, wer wann geimpft werden soll. Der Verteilungsprozess ist eine Herausforderung, weil neben politischen Fragen der Situation ein ethischer Konflikt innewohnt. Das Ziel muss sein, den effizientesten Einsatz bei begrenzten Impfstoffressourcen zu erreichen. Doch was heißt hier effizient? Ethik fragt danach, was gutes Handeln ausmacht.

Über allem steht die Würde des Menschen. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. So heißt es in Artikel 1 Grundgesetz. Da Impfen freiwillig ist und die Zahl der Impfwilligen bei geschätzten 50, 60, 70 % liegen dürfte, wird der Verteilungsprozess zunächst und scheinbar entlastet.

Legt man nunmehr all die genannten Aspekte zugrunde, so kristallisiert sich meines Erachtens folgende Priorisierung heraus: Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, garantieren dessen Funktionsfähigkeit. Fallen Ärztinnen und Ärzte und Pflegerinnen und Pfleger unter anderem in großer Zahl aus, bricht das Gesundheitswesen zusammen. Eine Überlastungssituation kann des Weiteren zu einer Triage führen. Der Arzt muss eine Priorisierungsentcheidung treffen, wer als Erstes und wer als Nächstes behandelt werden soll. Solche Entscheidungen sind von Kriegen und Katastrophen bekannt und verzerren das Gebot der Menschenwürde. Daher sind jene zuerst zu impfen, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen usw. arbeiten und leben.

Menschen, die Aufgaben wahrnehmen, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind, haben ebenfalls hohe Priorität. Doch bereits an dieser Stelle fällt es schwer, die sogenannte Unverzichtbarkeit zu definieren. Schließlich sind diejenigen zu nennen, die gesundheitlich besonders gefährdet sind. Noch eine Frage drängt sich auf: Sollen diejenigen, die heute auf den Straßen die Existenz des Virus leugnen, von einer Impfung per se ausgeschlossen werden? Die Zugrundelegung ethischer Maßstäbe gibt eine hinreichende Antwort.

Abschließend muss der Blick über Deutschland und Europa hinausgehen. Wenn in armen Ländern die Impfung nur bedingt oder gar nicht möglich ist, werden wir das Virus nicht besiegen. Wir sind in der Tat nur eine Welt, was sich hier besonders krass zeigt.

Ich möchte zum Schluss allen Dank sagen, die sich in der Suche nach einem Ausweg nach der Pandemie verdient gemacht haben. Ich danke denjenigen, die in besonderem Maße der Gefährdung ausgesetzt sind und tagtäglich ihren Mann oder ihre Frau stehen. Ich danke denjenigen, die durch hohes ehrenamtliches Engagement die bedrückende Ausnahmesituation, in der wir uns befinden, durch ihre Menschlichkeit und ihren Einsatz erträglicher gemacht haben. Die Geschichte des Impfens ist eine Geschichte der Bewältigung hochgefährlicher Krankheiten mit allen Höhen und Tiefen, aber letztendlich mit Erfolg.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Nun spricht die fraktionslose Abgeordnete Gabriele Bublies-Leifert.

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Seit Jahren wird jede sachorientierte Debatte innerhalb

der Politik mit der Moral- beziehungsweise Ethik-keule erschlagen. Unter genauerer Inaugenscheinnahme des Titels der heutigen Orientierungsdebatte stockte mir ehrlich gesagt noch einmal der Atem, auch hier die Impfentscheidung der Bürger und damit den Diskussionskorridor weiter zu verengen und auf eine vermeintliche Moral herunterzubrechen. In Zeiten des Abbaus der Freiheitsrechte, teilweiser Aussetzung der eigentlich auf ewig verbrieften Grundrechte und somit der kompletten Aushöhlung der Demokratie ist dies eine Doppelmoral sondergleichen.

Auch der sogenannte Deutsche Ethikrat kommt bei seinem Abstimmungsergebnis zu einer Impfpflicht durch die Hintertür und beim laut BILD-Zeitung sogenannten Normales-Leben-Pass mit zwölf zu zwölf Stimmen bis dato zu keinem eindeutigen Ergebnis. Jedoch sollte man bei diesen Protagonisten genauer hinschauen, wer dort in mehr oder weniger direkter oder indirekter staatlicher monetärer Abhängigkeit steht oder stand.

Die Aussage des Chefs von BioNTech, Uğur Şahin – BioNTech wird übrigens seit Ende 2019 ganz zufällig von Bill Gates unterstützt –, sich vorerst nicht impfen zu lassen, die rechtlichen Klagen von Ex-Pfizer Forschungsleiter Dr. Yeadon und Dr. Wodarg, die aktuell bei der EMA einen Antrag auf die sofortige Aussetzung sämtlicher SARS-CoV-2-Impfstoffstudien gestellt haben, insbesondere zur Studie von BioNTech/Pfizer zu BNT162b, sowie die schon jetzt aus England bekannten Nebenwirkungen tragen sicherlich nicht zu einem weiteren Vertrauen in den Impfstoff bei.

Auf der Basis der vielen unterschiedlichen PCR-Tests von höchst unterschiedlichster Qualität sind weder das Erkrankungsrisiko noch ein möglicher Impfnutzen mit der nötigen Sicherheit bestimmbar. Allein deshalb sind solche Testungen von Impfstoffen am Menschen per se unethisch; denn was hier mit dem neuen Corona-Impfstoff gemacht werden soll, ist nichts anderes als ein großer Feldversuch an Menschen, wie die Medien auch unverblümt äußern. Aus früheren Studien sind hochgefährliche Risiken bekannt, die teils aus der Natur der Coronaviren resultieren. Bei Experimenten mit Corona-Impfstoffen bei Feliden sind beispielsweise alle Katzen, welche die

Impfung zuerst gut vertrugen, gestorben, nachdem sie mit den echten Coronaviren infiziert wurden.

Dort jedoch, wo das große Geld winkt, werden Bedenken einfach mit der täglichen medialen Druckbetankung, Ängste zu schüren, einfach übertüncht. Durchgepeitscht wird auch die weitere Aushöhlung des Rechtsstaats mit der Erzeugung des vermeintlich täglich immer größer werdenden Corona-Horrorszenarios. Wir erleben aktuell insbesondere im Umgang mit jenen, die diese sogenannten Maßnahmen zu Recht als unverhältnismäßig kritisieren, die medial in schrillum Diskant geforderte Auslobung der sozialen und gesellschaftlichen Ächtung. Die Menschen, die aus Angst um unser Grundgesetz und vor der Zerstörung ihrer Existenz auf die Straße gehen, sind keine tumblen Corona-Leugner und Impfgegner, sondern überwiegend aufrechte Demokraten.

In Deutschland versterben durchschnittlich jährlich fast 1 Million Menschen. Davon sind die Menschen, die mit oder an Corona versterben, glücklicherweise nach wie vor ein kleiner Teil. Was sagen Sie eigentlich den vielen Herz-Kreislauf-Toten beziehungsweise Krebstoten oder den an multiresistenten Keimen Verstorbenen? Gibt es etwa hier eine Einteilung in Erste- oder Zweite-Klasse-Tote? Ich hoffe jetzt einmal nicht. Wir brauchen keine Orientierungsdebatte über Impfstrategien und Impfungen, sondern Untersuchungsausschüsse über die Verhältnismäßigkeit aller Maßnahmen.

Danke schön.

Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich eine Gesamtbetrachtung der Beiträge vornehmen darf, dann darf ich mich für die sachliche und sehr angemessene Debatte bedanken. Die Orientierungsdebatte erlaubt es auch, dass persönliche Sichtweisen dargelegt werden können. Das ist bestimmt eine Stärke dieses Formats. Deswegen vielen Dank für diese Debatte.

Für die nächste Plenarsitzung sehen wir uns am Dienstag, dem 15. Dezember 2020, wieder.

Ende: 15.52 Uhr